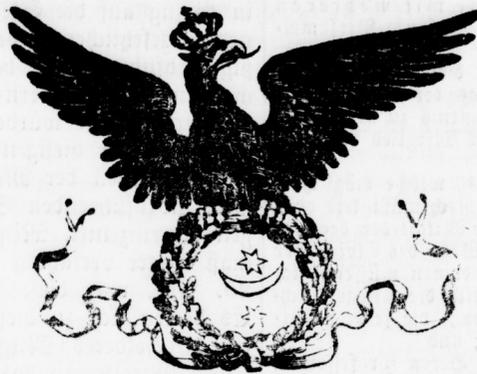


Stettersjährlicher Abonnements-Preis für Halle und unsere unmittelbaren Abnehmer: 22 1/2 Sgr. Durch die resp. Post-Anstalten über a ll nur: 26 1/4 Sgr.

Der Courier.

Inserate für den Courier werden angenommen: In Leipzig in der Buchhandlung von P. Kirchner, Universitätsstraße, Gewandhaus Nr. 4. In Magdeburg in der Kreuzschen Buchhandlung, Breitenweg No. 156.

Hallische
für Stadt



Zeitung
und Land.

In der Expedition des Couriers. — Redakteur Dr. Schadeberg.

N^o 284.

Halle, Sonntag den 3. December

1848.

Verzeichniß der

in der Sitzung der Stadtverordneten
am 4. December d. J. zu verhandelnden Gegenstände.

- 1) Bau-Stat pro 1849.
- 2) Einrichtung des Frankensplatzes und Ebenung des Mä- neck'schen Zwingers.

Deutschland.

Potsdam, d. 1. Decbr. Ihre Königliche Hoheiten die Prinzessin Johann von Sachsen nebst Höchstderen Tochter, der Prinzessin Elisabeth, sind nach Dresden zurückgereist. — Se. Königliche Hoheit der Prinz Carl von Baiern ist, von München kommend, hier eingetroffen und im königl. Schlosse abgestiegen.

Berlin, d. 2. Dec. Der Großherzogl. hessische General-Major von Schaeffer-Bernstein ist von Bromberg hier angekommen.

Bekanntmachung.

Die Schulderschreibungen über die in Folge der Allerhöchsten Kabinetts-Ordre vom 25. April und der Bekanntmachung des königl. Finanz-Ministeriums vom 27. April d. J. eingegangenen freiwilligen Beiträge zur Befreiung der Staatsbedürfnisse (freiwillige Staats-Anleihe) sind nunmehr zum größten Theil ausgefertigt und werden von der Kontrolle der Staats-Papiere in dem Geschäftsklokale derselben, Taubenstraße Nr. 30, vom 4. December d. J. ab, in den Vormittagsstunden von 9 bis 1 Uhr

an diejenigen Interessenten ausgereicht werden, welche derartige Einzahlungen entweder an die Staats-Schulden-Zilgungs-Kasse, oder an die Haupt-Seehandlungs-Kasse, oder an das Haupt-Münz-Comtoir hieselbst unmittelbar geleistet haben.

Die Anreichung der Schuld-Dokumente über die an Provinzial-, Kreis- und Orts-Kassen gezahlten derartigen Beiträge erfolgt durch die Regierungs-Haupt-Kassen, zu welchem Ende die königlichen Regierungen in kurzem das Nöthige v-ran lassen werden.

Mit den auszugebenden Schulderschreibungen, welche in Appoints zu 10, 20, 50, 100, 500 und 1000 Rthlr. ausgestellt sind und auf jeden Inhaber lauten, empfangen

- 1) diejenigen Interessenten, welche vor dem 1. Oktober d. J. Einzahlungen geleistet haben, Zins-Coupons über die Zinsen vom 1. Oktober 1848 bis zum 30. September 1852.

2) Diejenigen aber, welche erst in den Monaten Oktober oder November d. J. Einzahlungen gemacht haben, Zins-Coupons über die Zinsen vom 1. November oder beziehungsweise 1. Dezember 1848 bis zum 30. September 1852.

Gleichzeitig werden

3) in Beziehung auf die vor dem 1. September d. J. geleisteten Einzahlungen die bis zum 30. September c. abgelaufenen Zinsen baar gezahlt.

Es werden nun die Inhaber von Empfangsbefcheinigungen, welche die Staats-Schulden-Zilgungs-Kasse oder die Haupt-Seehandlungs-Kasse über derartige freiwillige Beiträge, mögen solche in baarem Gelde oder in verarbeitetem Gold oder Silber bestehen, ausgestellt hat, hierdurch aufgefordert, diese Befcheinigungen, mit einem von ihnen unterschriebenen Verzeichnisse derselben, wozu die Kontrolle der Staats-papiere Formulare verabreicht,

vom 4ten December d. J. ab, in den Vormittagsstunden von 9 bis 1 Uhr, bei der gedachten Kontrolle der Staats-Papiere einzureichen. Dagegen werden ihnen, wo möglich Zug um Zug, die ihnen zustehenden Schulderschreibungen, nebst den vorstehend unter 1 und 2 bezeichneten Zins-coupons, gegen Quittung ausgehändigt und die ihnen nach der Bestimmung unter 3 zukommenden Zinsen baar gezahlt werden.

Uebrigens bemerken wir, daß Beträge, welche über die runde Summe von 10 Rth r. überschießen, nicht besonders verbrieft und verzinst werden können, den Einzahlern vielmehr überlassen bleibt, solche entweder durch Nachzahlungen bis zu der ver zinslichen Summe von 10 Rthlr. zu ergänzen oder auf Rückzahlung derselben anzutragen. Im letzteren Falle muß jedoch der Antrag schriftlich an uns gerichtet werden. Berlin, den 30. Novemb r 1848.

Haupt-Verwaltung der Staats-Schulden.
Katan. Köhler. Knoblauch.

Am 30. Novbr. Vormittags ist wiederum eine Fraktion der Deputirten, welche unter den Linden 62. Zusammenkunft hielt, durch militairische Einschreitung getrennt worden. Die Papiere wurden in Beschlag genommen und in zwei Droschken auf das Polizei-Präsidium gefuhrt. Ein starkes Commando Soldaten begleitete die im Schritt fahrenden Droschken. (B. Z.)

Der Preuß. Staats-Anzeiger enthält folgende

Berichtigung.

Die hiesige „Bosfische“, so wie die „Haude und Spenersche Zeitung“, erst-re in ihrem Blatte Nr. 269, letztere in ihrem Blatte Nr. 270, haben über den Empfang einer Deputation der hiesigen Stadtverordneten-Versammlung bei Sr. königl. Hohit dem Prinzen von Preußen berichtet.

Zu dieser Deputation gehörte auch der Stadtverordnete, Professor Dr. Gneist, Lülfsarbeiter bei dem königl. Geheimen Ober-Tribunal.

Der Gegenstand der Unterredung war die mittelst Königl. Botschaft erfolgte Verlegung der National-Versammlung nach Brandenburg und der dagegen erhobene Widerspruch.

Die „Breslauer Zeitung“ Nr. 271 vom 18. d. M. hat diese Unterredung noch ausführlicher vorgetragen. Sie legt dem Herrn Professor folgende Worte in den Mund: Als Mitglied des Geh. Ober-Tribunals spreche er hierdurch, nach Rücksprache mit mehreren seiner Kollegen, es unumwunden aus, daß die National-Versammlung in ihrem vollen Rechte sei &c.

Ohne auf den rechtlichen Werth oder Unwerth dieser individuellen Ansicht des Herrn Professors einzugehen, bin ich es der Stellung des Geh. Ober-Tribunals schuldig, zur öffentlichen Kenntniß zu bringen:

- 1) daß Herr Professor Dr. Gneist nicht wirkliches Mitglied des Geh. Ober-Tribunals ist;
- 2) daß die Mitglieder des Geh. Ober-Tribunals, welche möglicherweise in dem Fall kommen können, über die Rechtmäßigkeit oder Unrechtmäßigkeit des Widerspruches einzelner Mitglieder der National-Versammlung und dessen Folgen, im Wege des Civil- oder Kriminal-Prozesses zu erkennen, Anstand nehmen müssen, sich hierüber vorweg gutachtlich zu äußern, um sich die Unparteilichkeit und Freiheit ihres Urtheils zu bewahren, die jeder Rechtssuchende von seinem Richter zu fordern hat; und
- 3) daß die von der „Breslauer Zeitung“ dem Herrn Professor in den Mund gelegten Worte unrichtig sind.

In seiner mir unaufgefordert eingereichten schriftlichen Erklärung sagt derselbe wörtlich: „Ich bemerkte, daß ich nicht bloß theoretischer, sondern auch praktischer Jurist sei, daß ich noch jetzt Kulisarbeiter bei dem Geh. Ober-Tribunal und als Jurist meiner Ueberzeugung überall treu zu bleiben gewohnt sei.“

Diese Erklärung enthält keine Berufung auf die Eigenschaft eines Mitgliedes des Geh. Ober-Tribunals und auf eine vorgängige Rücksprache mit mehreren Mitgliedern desselben.

Berlin, am 1. December 1848.

Müller,

Chef-Präsident des Geh. Ober-Tribunals.

Brandenburg, d. 30. Nov. früh. Man bemerkt in dem äußeren Leben der Stadt sehr wenig davon, daß seit einigen Tagen der Mittelpunkt unsrer politischen Entwicklung hierher verlegt ist; die Straßen sind still und nirgends tritt etwas Außerordentliches hervor. Der täglich von Berlin anlangende Extrazug führt stets fast sämtliche Fremde, die er des Morgens hergeführt, Nachmittags wieder zurück. Es haben äußerst wenig Gäste hier einen bleibenden Aufenthalt genommen, mit Ausnahme der Deputirten selbst und diese halten sich in wenigen Gasthöfen ziemlich abgeschlossen. Auch sie sind übrigens im Allgemeinen wenig unterrichtet über die nächste politische Zukunft; eine selbstständige Thätigkeit ist noch nicht begonnen und alle Blicke sind noch nach Berlin gerichtet, von wo man fortwährend die noch erforderliche Ergänzung erwartet. Das Ministerium ist über seine nächsten Absichten sehr schweigsam, und scheint selbst diejenigen Abgeordneten, welche als Beamte allen früheren Regierungen sehr nahe standen, nicht in sein engeres Vertrauen zu ziehen. So ist nur für Vermuthungen ein weites Feld gegeben. Noch kennt niemand genau den Inhalt der Königl. Botschaft, welche Graf Brandenburg am Montag ankündigte, sobald die Versammlung beschlußfähig sein werde. Nur so viel scheint sicher, daß sie sich auf die oft in Aussicht gestellte Beschleunigung des Verfassungswerkes beziehen werde. Wird sie nun einen neuen Entwurf vorlegen, und das Verlangen stellen, daß derselbe en bloc angenommen werde? Dies ist nicht wahrscheinlich. Selbst die hiesige Versammlung würde auf eine solche Proposition nicht eingehen, und der Gedanke einer Deroirung ist wohl definitiv aufgegeben. Glaublicher erscheint, daß die Botschaft die Versammlung kategorisch anweisen werde, sich nur mit der Verfassung zu beschäftigen, und alle übrigen vorliegenden Gesetze, mit Ausnahme derjenigen über die bürgerlichen Verhältnisse, entweder ganz fallen zu lassen, oder doch ihre Berathung bis nach vollendeter Verfassung auszusetzen. — Mit dem Abendzuge traf gestern Herr Grabow hier ein; seine Anwesenheit ist jedoch durchaus ohne politischen Zweck. Da er die Ueberzeugung von dem Rechte der Krone in den

legten Conflikten nicht hat gewinnen können, so hat er sein Mandat niedergelegt, und auch sein Stellvertreter ist bereits diesem Beispiele gefolgt. (Woff. Stg.)

Breslau, d. 29. Nov. Die Königl. Regierung hat den Magistrat mittelst Rescripts vom 21. Nov. aufgefordert, den in Bezug auf die Steuer-Affertation gefaßten Beschluß als einen ungeschehenen sofort außer Kraft zu setzen und die regelmäßige Abführung der bei der Kammerer-Kasse zur Hebung kommenden Staatssteuern keinen Augenblick länger zu sistiren. Im Weigerungsfalle würde der Mahl- und Schlachsteuer-Zuschlag, sowie daß der hiesigen Stadt-Commune außerdem überwiesene Eine Drittheil der Mahlsteuer zur Deckung der von der Kammerer abzuführenden Staatsgelder mit Beschlag belegt und gegen die einzelnen Mitglieder des Magistrats, den Gesetzen gemäß weiter verfahren werden. In der Magistrats-Sitzung am 25. Nov. war diese Angelegenheit zur Berathung gekommen. Es hatten sich zu dieser Sitzung aber nur die 6 befohdeten und ein unbesoldetes Mitglied eingefunden. Von den anwesenden sieben Mitgliedern hatten sich drei, mit Rücksicht auf die Seitens des Reichsparlaments ausgesprochene Unzulässigkeit der Steuerverweigerung und in Erwägung, daß ein längeres Zurückhalten der von der Kammerer eingehobenen Staatsgelder wohl den Belagerungszustand der Stadt herbeiführen könnte, für die sofortige Bestätigung des von der Versammlung am 24. Nov. gefaßten Beschlusses erklärt, während vier Mitglieder, also die Majorität, dafür gestimmt hatten, bei der Wichtigkeit des Gegenstandes noch eine commissarische Berathung mit der Versammlung eintreten zu lassen. Ueber diesen Antrag sollte sich die Versammlung der Stadtverordneten gestern erklären. Nach einer lebhaften Diskussion über das Für und Wider beschloß die Versammlung mit großer Majorität, daß sie auf den Antrag nicht eingehe, vielmehr bei ihrem am 24. Nov. gefaßten Beschlusse, die Steuern nicht zu afferviren, stehen bleibe. (Woff. Stg.)

Trier, d. 27. November. Leider haben die in Folge des Steuerverweigerungs-Beschlusses durch die demokratische Partei erneuerten Agitationen in Berncastel gestern zu einem ernstlichen Zusammenstoße geführt. Der kassirte Auktuator Coblenz, ein „anerkannter Volksmann“, war dort besonders thätig gewesen, die unteren Schichten der Bevölkerung aufzuwiegen, und war, wie man sagt, in Folge von Aufforderungen von Abgeordneten in Berlin, in den von ihm berufenen Versammlungen der Landwehrmänner zu Wehlen und Zeltingen dazu übergegangen, dieselben zur Bewaffnung aufzufordern und sie zum offenen Aufstande vorzubereiten. Nun schritt das Gericht ein. Der Untersuchungsrichter begab sich gestern Morgen in Begleitung eines Staats-Profurators und nur von einer kleinen Militär-Patrouille gedeckt, nach der Wohnung des Coblenz, in der Absicht, dieselbe nach der vermutheten Korrespondenz zu durchsuchen und den Coblenz selbst zu verhaften, und hier ereignete sich, was bisher in den Annalen der rheinischen und französischen Justizpflege unerhört ist. Kaum waren der Untersuchungsrichter und der Staats-Profurator ins Haus getreten, als sie von einem im Hause aufgestellten bewaffneten Haufen von 25 bis 30 Personen angegriffen, zu Boden geworfen und mißhandelt wurden. Zu gleicher Zeit wurde auf ein aus dem Fenster des Hauses gegebenes Zeichen Sturm geläutet, es sammelte sich ein großer Volkshaufe, zum Theil mit Sensen, Aerten u. dergl. bewaffnet, und die aus dem Hause geworfenen Beamten sahen sich genöthigt, vor der Uebermacht zu weichen und sich zurück-zuziehen. Inzwischen wurde zwar auch das in Berncastel liegende Detachement alarmirt; da dasselbe jedoch durch verschiedene Entsendungen zu sehr geschwächt war, um mit Erfolg gegen den auch durch Zuzug von außen auf mehrere Tausend ge-

geschwollenen Ausrührerhaufen einschreiten zu können, so hielt es der kommandirende Offizier um so mehr für gerathen, sich bis zur Ankunft von Verstärkung aus Berncastel zurückzuziehen, als das Volk die Taktik gebrauchte, sich hinter Weibern und Kindern zu verschanzen. Noch am gestrigen Nachmittag sind zwei Kompagnieen von Morbach und Wittlich herangezogen worden, und in der heutigen Nacht sind ein zweiter Untersuchungsrichter und Staats-Prokurator, begleitet von zwei Kompagnieen des 26. Regiments und einer Abtheilung Artillerie, nach Berncastel abgegangen. Es ist aber kaum zu erwarten, daß den Gerichten fernerer Widerstand entgegen gesetzt werden wird, da es dem Volksführer Coblenz und einem seiner Spießgesellen inzwischen gelungen ist, zu entfliehen. — Auch in Wittlich und Umgegend war die Bevölkerung durch Sturmläuten zum Zuzug aufgefordert worden, aber ohne jeden Erfolg. (R. 3.)

Altenburg, d. 30. Novr. Heute Morgen ist mit der offiziellen Anzeige des Todes unserer Herzogin (am 28. Novbr. Abends) den Ständen mitgetheilt worden: daß heute unser Herzog zu Gunsten seines Bruders, des Prinzen Georg, die Regierung niedergelegt und Letzterer dieselbe angenommen hat. Mit diesem Act hat sich auch unser Ministerium wieder geändert. Der Geheimrath Rath Dr. v. Gabelenz, welcher bis zur Auflösung des weimarischen Landtags dort Landtagsmarschall war, ist erster, Graf Louis Beust zweiter und Hr. Sonnenfals dritter Minister. Der zeitliche dritte Minister, Hr. Crüger, geht als Legationsrath nach Frankfurt a. M.

Ein Verbrecher sollte vorgestern, als es schon finstern war, nach dem auf der Leuchtenburg bei Cahla befindlichen Zuchthause gebracht werden und befand sich mit dem Gerichtsfrohn auf einem Wagen. Als derselbe durch die Stadt fuhr, fiel es dem Inculpanten ein, vom Wagen herab aus voller Kehle zu schreien: „Kommt, helft mir, ich bin Erbe, man will mich fortschleppen, Douai ist auch mit hier.“ Dieser Ruf verfehlte seine Wirkung nicht; in einem Augenblicke hatte eine große Masse Menschen, welche aus den Häusern, zum Theil bewaffnet, herausströmten, den Wagen umringt, die Stränge durchgeschnitten, dem Gerichtsdienner einige Schläge versetzt und bemerkten erst zu spät den Irrthum. Viele Soldaten, welche zu dieser Zeit auf der Straße waren, kamen von selbst ohne Commando an den Ort des Unfugs und stellten die Ruhe wieder her. (L. 3.)

Bernburg, d. 30. Nov. Abermals befindet sich unser ganzes Ländchen in fieberhafter Spannung. Der seit dem 10. huj. hier befindliche Reichskommissar Ammon hat bis jetzt noch fast gar Nichts gethan, um dem, was man von ihm gehofft hatte, nachzukommen. Er arbeitet täglich in seinem Zimmer, läßt sich alle Chargirte der Stadt vorstellen, den Landtag dagegen besuchte er nicht, erklärte offen, dies nicht thun zu wollen, griff aber in mehrere Verwaltungs-Gegenstände ein. Dabei hatten wir das Nuedlinburger provisorische Ministerium, das sich jedoch nicht in den Ständesaal wagte, sondern ein Paar Vertreter aus dem höhern Beamtenstande hineinsetzte, und fortfuhr, die Thätigkeit des Landtags zu paralyfieren. Dies hat denn nun endlich die Zustände in eine neue Phase hineingedrängt. Man ist auf die Regierungsunfähigkeit des Herzogs zurückgegangen. Schon dessen Vater hatte sie anerkannt durch Einsetzung eines Regenschaftrathes, des sogenannten Conferenzrathes. Derselbe hatte nun im Verlaufe des Sommers die Unflughheit begangen, aus seiner Stellung herauszugehen, und sich zu Ministern, und zwar zu verantwortlichen, zu machen. Diese hielten sich natürlich nicht lange, sondern fielen in Folge der 14jährigen Conferenzraths-Sünden. Seit der Zeit nun haben wir hier keinen Regenschaftrath, folglich einen durch und durch unhaltbaren Zustand. Seit dies nun kürzlich klar erkannt ist,

auch der Reichskommissar selbst sich dahin geäußert hat, daß der Herzog nicht für regierungsfähig zu halten sei, ist eine Adresse an den Reichsverweser entworfen, in welcher um Uebertragung der Regenschaf an den Herzog von Dessau gebeten wird. Diese bedeckt sich gegenwärtig mit zahlreichen Unterschriften im ganzen Lande. Die Beamtenpartei reagirt natürlich aufs Entschiedenste dagegen, und will, da um die Regenschaf nicht herumzukommen ist, wieder einen Regenschaftrath oder die Herzogin als Regentin. Indes ist ihr Plan, die große Volksmasse für ihre Absichten zu gewinnen, in einer ehegestern abgehaltenen Bürgerversammlung total mißglückt. Auch der Landtag hat sich mit 18 Stimmen gegen eine für die Regenschaf des Herzogs von Dessau erklärte, und folgende Petition an den Erzherzog Reichsverweser gestern abgesandt:

Durchlauchtigster Erzherzog. Unsere Zustände hier sind von solcher Beschaffenheit, daß sie nicht längern andauern dürfen, wenn der moralische Haltpunkt, worauf ein Volk seine Zukunft stützen muß, nicht ganz und gar untergraben werden soll. Auf der einen Seite geduldiges Harren auf endliche Ausführung 2 und 3 Monat alter Beschlüsse des Landtags, welche jahrelange Klagen betreffen und tief in das allgemeine Wohl eingreifen, festes Vertrauen auf die Vertreter des Volks — auf der andern Fortwähren des Wählens zu Gunsten der alten Wirthschaft, völlige Nullifizierung der Landtagsbeschlüsse, Festhalten an Personen, die dem Volke verhaßt sind und offen erklären, der Landtag möge beschließen, was er wolle, das sei ganz gleichgültig. Es ist Pflicht, uns bei Beurtheilung dieser Umstände nicht blos auf den Augenblick zu beschränken, und deshalb hatten wir den Gegenstand schon länger so in die Hand nehmen sollen, wie hute; ein tiefer Gefühl hat uns davon abgehalten. Nachdem aber das Volk selbst es gethan, dürfen wir nicht länger zögern, und bitten nun Ew. Kaiserliche Hoheit eben so ehrfurchtsvoll wie gehorsamt: 1) daß E. Hoheit der Herzog von Dessau die Regenschaf des Landes im Namen Sr. Hoheit unsres Herzogs übernehme, dabei jedoch unsre volle Selbstständigkeit gewahrt bleibe; 2) daß derselbe sofort unsere Verfassung sancionire und zu deren Gewährleistung ein volksthümliches Ministerium ernenne und ohne Verzug Geschworne und öffentliches Gerichtsverfahren einführe, eine etwaige Ausgleichung jener mit der Verfassung von Dessau aber einem besondern Gesamts Landtage auftrage. Es bedarf kaum der Erwähnung, daß die Sache eine höchst dringliche ist, und wir vertrauen fest, Ew. Kaiserliche Hoheit werden dem Reichs-Commissar sofort die nöthige Instruction zufertigen lassen. Wenn solchergestalt ein constitutioneller Rechtsboden geschaffen und von Obenher in die Bahn wahrhafter Geseßlichkeit eingelenkt wird — dann fährt Anhalt-Bernburg fort, das Bild einer musterhaften Ruhe zu geben, und 50,000 Menschen werden in Ew. Kaiserlichen Hoheit dankbar Denjenigen verehren, durch welchen es ihnen möglich geworden ist, die bürgerliche Ordnung zu erhalten! Ehrfurchtsvoll Ew. Kaiserlichen Hoheit gehorsamste die Abgeordneten des Anhalt-Bernburgschen Landtags. Bernburg, den 29. November 1848.

(Magdeb. Stg.)

Frankfurt a. M., d. 29. Nov. In der heutigen 125. Sitzung der deutschen Reichsversammlung wurde die österreichische Frage in Berathung genommen. Der Ausschuss, der mit der Prüfung der auf diesen Gegenstand bezüglichen Anträge der Abgeordneten Benedey, Wiesner und Bauernschmidt beauftragt war, gelangte in seinen Berathungen zu keinem einstimmigen Beschlusse. Die Majorität des Ausschusses (9 St. gegen 4) beantragt: „In Betracht, daß das Reichsministerium bereits durch den Beschluß der constituirenden Reichsversammlung vom 3. Nov. laufenden Jahres aufgefordert wurde, die Anerkennung der deutschen Centralgewalt in Oesterreich zu voller Geltung zu bringen, die Interessen Deutschlands in Oesterreich überall zu wahren und die den österreichisch-deutschen Völkern zugestandenen Rechte und Freiheiten gegen alle Angriffe in Schutz zu nehmen, die zu diesem Zwecke bisher angewendeten Mittel sich aber als unzulänglich erwiesen haben, fordert die constituirende Reichsversammlung das Reichsministerium von Neuem auf: 1) mit allem Nachdruck dahin zu wirken, daß jener Beschluß vom 3. Nov. l. J. zum Vollzuge komme, und daß die über Wien verhängten Ausnahmemaßregeln nach wiederhergestellter Ordnung und Ruhe alsbald aufgehoben werden; 2) durch den

lezt hin nach Oesterreich bestimmten Reichscommissär ohne ferneren Aufschub die offene und unumwundene Anerkennung der deutschen Centralgewalt, wie die Durchführung der Beschlüsse der constituirenden deutschen Reichsversammlung in den deutschen Provinzen Oesterreichs zu erwirken.“ (v. Weizsäcker, Schubert, Schrenk, Franke, Arneht, Somaruga, Weiß, v. Zenetti, H. Löw, Neumayr.) Die Minorität des Ausschusses (Benedey, Pattai, Reiter und Kirchgessner) beantragt: „In Erwägung, daß die Reichscommissäre Welcker und Mosle gegenüber den österreichischen Autoritäten nicht jene Achtung sich zu verschaffen vermochten, welche der Centralgewalt und ihren Commissären gebührt; in fernerer Erwägung, daß, abgesehen von den eingeschlagenen Mitteln und Wegen der Reichscommissäre (denen die constituirende Reichsversammlung ihre Billigung nicht ertheilen kann), sich aber jedenfalls ergeben hat, daß bisher das Reichsministerium Oesterreich gegenüber nicht jene Stellung der Centralgewalt zu erwirken wußte, die sie jedem deutschen Einzelstaate gegenüber einzunehmen hat: fordert die constituirende Reichsversammlung die Centralgewalt auf, endlich zu erwirken, daß die von der Reichsversammlung erlassenen Gesetze und Beschlüsse mit dem der Würde und der Ehre Deutschlands angemessenen Nachdruck in Deutsch-Oesterreich in Vollzug gesetzt werden. Zur Theilnahme an der Debatte haben sich 10 Redner für und 17 gegen den Majoritätsantrag einschreiben lassen, unter welchen letzteren einige die motivirte Tagesordnung empfehlen. Bis um 4 $\frac{1}{2}$ Uhr Nachmittags haben gesprochen Giskra, B. Weber, Fröbel, Welcker, Reichsminister v. Schmerling und Bogt, worauf der Schluß der Debatte und die Vertagung der Verhandlungen auf die morgige Sitzung ausgesprochen wurde.

Frankfurt a. M., d. 30. November, 1 $\frac{1}{2}$ Uhr Nachmittags. Die Abstimmung über die verschiedenen auf die österreichische Frage bezüglichen Anträge führte in der heutigen 126. Sitzung der deutschen Reichsversammlung zu keiner Beschlußnahme. Sämmtliche Anträge gehen darum an den Ausschuss für die österreichische Frage zur nochmaligen Begutachtung und Berichterstattung zurück. Der Majoritätsantrag der Commission wurde mit 220 gegen 210 Stimmen (zehn Mitglieder enthielten sich der Abstimmung) und der Minoritätsantrag mit 270 gegen 185 Stimmen (zwei Abgeordnete stimmten nicht) verworfen.

Hr. Bassermann hat der Erklärung des Hrn. v. Unruh folgende Erwiderung entgegengesetzt:

Nach Demjenigen, was durch die Erklärung des Hrn. v. Kirchmann bereits öffentlich geworden, bleibt auf diejenige des Hrn. v. Unruh vom 23. Nov. nur Weniges zu erwidern. Allerdings nicht im Auftrage der Centralgewalt versuchte ich eine Vermittelung, weil der zu vermittelnde Conflict bei meiner Abreise von Frankfurt noch nicht bekannt sein konnte. Auch war ich allerdings zuerst in Potsdam und dann bei Hrn. v. Unruh, weil, hätte ich in Potsdam reactionaire Absichten entdeckt, ich ihm nie zur Nachgiebigkeit gerathen haben würde. Es ist aber unwahr, daß ich Hrn. v. Unruh den Vorschlag der „unbedingten Unterwerfung unter den Befehl der Krone“ gemacht; mein Vorschlag war vielmehr der: „Der Streit, so sagte ich, hat seinen Grund in der Behauptung der Versammlung, daß sie nicht einseitig, sondern nur durch eignen freiwilligen Entschluß verlegt werden könne. Diese Ihre Behauptung haben Sie durch passiven Widerstand hinreichend geltend gemacht, und die Zustimmung aus vielen Theilen des Landes verleiht Ihnen eine solche Macht, daß Sie, ohne den Vorwurf der Schwäche auf sich zu laden, aber um großherzig dem Vaterlande die Gräuel eines Bürgerkriegs zu ersparen, nunmehr aus eignem freien Entschluß Ihre Verlegung beschließen können.“ Hr. v. Unruh versicherte mich, es sei auch nicht die geringste Hoffnung vorhanden, diesen Vorschlag durchzusetzen, und erklärte mir seinerseits, daß nur die Abdankung des Königs übrig bleibe. Auf meine Gegenbemerkung, daß die Versammlung dann schwerlich mit dem Prinzen von Preußen zufrieden sein würde, erwiderte Hr. v. Unruh, man würde dann vom Prinzen von Preußen verlangen, daß er sich den Beschlüssen der Versammlung unbedingt unterwerfe, bis die Verfassung fertig sei. Auf meine Entgegnung, daß dies

Preußen für eine unbestimmte Zeit in eine Republik verwandeln hiesse, folgte dann allerdings die von Hrn. v. Unruh angeführte Aeußerung, nur die constitutionell-monarchische Regierungsform entspreche dem Willen der übergroßen Mehrzahl des Volks, ohne daß mit solchen Worten der Widerspruch in der Sache gelöst gewesen wäre. Daß ich nach Entdeckung solcher Absichten, welche sich ja auch seitdem durch den Steuerverweigerungsbeschluß mehr als bestätigt, selbst alle Hoffnung aufgeben mußte, meinem Vorschlage Eingang zu verschaffen, und mich also auch mit den im Nebenzimmer befindlichen Abgeordneten nicht näher einließ, wird natürlich gefunden werden. Eben so natürlich finde ich, daß, nachdem der größte Theil des Landes sich an den gefährlichen Schritten der Versammlung nicht weiter betheiligte, man auch die mit so großer Zuversicht ausgesprochenen Absichten nicht mehr Wort haben will. Auf eine gereizte Sprache, wie sie Hr. v. Unruh gegen mich führt, auf die Ergüsse von Born und Kerger, wie sie in Adressen und Zeitungsartikeln zu finden, war ich im voraus gefaßt, als ich mich entschloß, Das nicht zu verschweigen, an dessen Wissenschaft in so kritischen Tagen dem preussischen wie dem deutschen Volke Alles gelegen sein müßte. Frankfurt, den 28. Novbr. 1848.

Die Augsburgische Postzeitung enthält aus **Würzburg** die Mittheilung, daß die Versammlung der Bischöfe, „in Betracht der Zeitverhältnisse und des Umstandes, daß die Nationalversammlung in Frankfurt fast noch die einzige bestehende Autorität in Deutschland ist und die letzte Garantie für die Erhaltung der Ordnung und einer gesegneten Zukunft bietet, darauf verzichtet hat, durch eine vorläufige Ansprache gegen manche Beschlüsse, welche die kirchliche Freiheit kränken, irgend die Verlegenheit zu mehren; und es sich vielmehr zur Aufgabe gestellt hat, zum Heil und zur Einigkeit in Deutschland dieses Ansehen nicht verkümmern zu lassen.“

Wien, d. 28. November. 11 Eskadrons Kavallerie und 2 Bataillons von Wafa Infanterie haben bei Malakfa die Gränze überschritten und sich dem Korps des F.-M.-L. Simonic angegeschlossen.

Italien.

Pisa, d. 17. Nov. In Bologna soll ein Complot entdeckt worden sein, das in den untern Volksklassen geschlossen, communisistische, ja selbst straßenräuberische Grundsätze verwirklichen wollte. So viel ist gewiß, daß der Kriegsminister Zuchi sich von Rom schleunig nach Bologna begeben und den Befehl erteilt hat, die Garnison zu verstärken. Bedeutende Waffenvorräthe, welche man entdeckte, sollen obigen Verdacht bestätigt haben. Die Landstraßen werden unter den obwaltenden Umständen immer unsicherer: zwischen Civitavecchia und Rom, wie zwischen Rom und Pisa und zwischen Florenz und Mailand werden beinahe täglich Reisende überfallen, Wagen angehalten und geplündert. Selbst die Posten sind nicht mehr sicher vor den Angriffen des verwegenen Gesindels, das in seiner Noth keine andere Hilfe weiß, als Raub und Bettelei.

Florenz, d. 18. Nov. Obgleich der Name Pius IX. noch in Liedern klingt, ist doch die erste Begeisterung für den Mann erloschen, der die europäische Bewegung gewissermaßen veranlaßt hat. Es ist augenscheinlich, daß die Revolution dem Papste über den Kopf gewachsen ist, ja es steht zu befürchten, daß sie dem Papstthume gefährlich werden kann. Die schwankende Stellung, welche der Kirchenfürst in letzter Zeit eingenommen, sein öfteres Rückgreifen haben den auf ihn begründeten Glauben so sehr geschwächt, daß der Italiener, wie fern er dem Gebiete religiöser Reform auch stand, allmählig auf dasselbe gedrängt zu werden scheint. Die Entfernung der Cardinale aus dem Ministerium wird bald weitere Folgen nach sich ziehen. An allen Bildertafeln tauchen schon die Porträts Savonarolas, des ersten abendländischen Protestanten von Bedeutung, auf, und ganz Italien beginnt dessen vergessene Geschichte zu studiren, erkundigt sich nach dem, was man jenseits der Alpen glaubt und will. Man möchte fast sagen, daß in Italien keine politische Umbildung ohne eine religiöse stattfinden könne.

Aus Sardinien. Die Mazzinische republicanische Partei, welche in Rom den Mörderstoß auf Rossi führte und in Livorno dem Mörder als einem alten Römer zujubelte, suchte auch in Turin einen Volksaufstand herbeizuführen. Am 19. und 20. Nov. zogen Volksaufstand herbeizuführen, vor die Ministerien mit dem Rufe: Nieder mit den Ministern! Erwürgt sie! Den Krieg! Sie wurden von der Bürgerwehr und Reiterabtheilungen zerstreut. In der Abgeordnetenkammer aber fand der Lärm von der Straße Anklang, der Minister Pinelli jedoch erklärte, er lasse sich durch Straßengeschrei und Drohungen nicht von seinem Verfahren ablenken. Die Partei der Gewalt, wobei immer die lombardischen Flüchtlinge mitspielten, die vor den Oesterreichern geflohen sind und nun in den Städten Sardinien's die Helden machen, behauptet nun, die ganze Bewegung sei ein Werk der Reaction gewesen.

(D. P. 3.)

Padua, d. 20. Nov. Gestern war bei völliger Windstille der Donner der Kanonen in der Richtung von Mestre hier deutlich vernehmbar. Er begann gegen 11 Uhr Vormittags, wurde immer heftiger bis 2 Uhr, ließ dann mehr und mehr nach und war gegen 5 Uhr Nachmittags völlig verstummt. Nach den Berichten, welche beim hiesigen Militair-Kommando eingelaufen sind, hatte die Kolonne des Obersten Tschachich, die in Stra und Dolo lag, gegen Mestre und Fusina sich gewandt, und um 8 Uhr Abends sind drei Compagnieen Infanterie mit Geschütz in jene Richtung abgerückt, um als Reserve dem Kampfsplatz näher sich aufzustellen. Heute Vormittags hörte man von Zeit zu Zeit wieder das Brummen des schweren Positions- und des Belagerungsgeschützes, jetzt ist es aber wieder verstummt. Positive Nachrichten über den Ausgang fehlen noch, indessen scheinen die Venetianer einen derben Empfang erfahren zu haben, denn ihre Verbündeten in Padua sind sehr kleinlaut und niedergeschlagen. Sie geben vor, es sei nur ein Manöver der Venetianer in den Lagunen vor Venedig und keinesweges ein Ausfall gewesen.

Frankreich.

Paris, den 28. Nov. In der heutigen Sitzung der Nationalversammlung ersuchte Hr. Birio, nach Hinweisung auf die Zustände der Lombardei und auf die Anarchie und den Meuchelmord in Rom, den Conseilspräsidenten, sich über die mit dem wiener Cabinet über die Angelegenheiten der Lombardei angeknüpften Unterhandlungen zu erklären; zugleich möge die Versammlung aussprechen, welche Richtung sie diesen Unterhandlungen zu geben beabsichtige. Auch bezüglich der aus den Verhältnissen der Lombardei erwachsenen Anarchie in Rom, wo man den Papst gefangen halte, wünschte der Redner von Cavaignac Erklärungen, so wie einen Beschluß der Versammlung. Cavaignac äußerte, daß allerdings zwischen den Vorgängen in Rom und der Lombardei ein grundsätzlicher Zusammenhang bestehe; man könne sie aber in gewissen Beziehungen recht wohl sondern. Was die Lombardei angehe, so habe ihn die Versammlung schon ermächtigt, darüber zurückhaltend zu sein; die vor vier Monaten eröffneten Unterhandlungen seien wegen dazwischen getretener Ereignisse noch wenig vorgeschritten, er hoffe aber, die Vermittelung bald wieder ihren Fortgang haben werde. Bestehe die Versammlung auf Mittheilungen über die Unterhandlungen, so werde er sie, jedoch ungerne, geben. Der Redner fuhr fort: „Ich komme auf Rom. Vorgestern durch eine Depesche unseres Gesandten von den stattgehabten beklagenswerthen Vorfällen unterrichtet, haben wir noch am nämlichen Tage durch telegraphischen Befehl die Einschiffung einer seit lange im Hinblick auf gewisse Fälle zusammengezogene Brigade beginnen lassen. Diese Brigade wird auf

vier Dampffregatten eingeschifft, welche in wenigen Tagen abgesehelt sein werden. Unser College de Corcelles hat in dieser Sache eine außerordentliche Mission empfangen, ist gestern abgereist und wird sich mit den erwähnten Streitkräften einschiffen. Wenn wir nicht die Befehle der Versammlung einholten, so unterblieb dies, weil wir die Dringlichkeit berücksichtigen mußten, welche die Ergreifung eines unverzüglichen Entschlusses erheischte. Wir meinten übrigens, dabei durchaus in den Grenzen der uns von Ihnen anvertrauten Vollmachten zu handeln. Wir behielten uns vor, Ihnen über das, was wir gethan, Rechenschaft abzulegen, sobald wir zugleich Ihnen vollständigere Auskunft über Ereignisse geben könnten, welche wir nur summarisch kennen. Ich will die an Corcelles ertheilten Verwaltungsbefehle verlesen. Wenn die Versammlung selbst rathschlagend oder die Gedanken der Regierung über das Verfahren, welches sie einschlagen zu müssen glaubt, wissen will, so sind wir bereit, nicht bloß die Debatte, sondern auch die Befehle der Versammlung anzunehmen. Die Instructionen, welche de Corcelles empfangen hat, lauten: „„Sie kennen die beklagenswerthen Ereignisse, welche zu Rom sich begeben und den Papst in eine Art von Gefangenschaft versetzt haben. Vier Dampfschiffe und eine Brigade von 3500 Mann werden nach Civita Vecchia abgesehelt werden. Sie werden nach Rom gehen mit der außerordentlichen Mission, im Namen der französischen Republik einzuschreiten, um zu bewirken, daß dem Papste die ihm geraubte persönliche Freiheit zurückgegeben wird. (Lärm des Berges.) Sollte es unter den gegenwärtigen Umständen in seinem Interesse liegen, sich für den Augenblick auf das Gebiet der Republik zurückzuziehen, so werden Sie, so weit es in Ihrer Macht steht, die Vollführung dieses Wunsches sichern. Sie sind nicht ermächtigt, irgendwie in den politischen Fragen zu interveniren, welche Rom aufregen. Es steht der Nationalversammlung zu, die Linie des Verhaltens zu bestimmen, welches die Republik in dieser Beziehung wird befolgen müssen. Sie haben die Freiheit und die Achtung der Person des Papstes zu sichern. Sie werden für Ihre Person zu Civita Vecchia landen und sich sofort mit Hrn. v. Harcourt in Beziehung setzen, aber Sie werden die Truppen nur dann landen lassen, wenn ihr Handeln zum Erfolge Ihrer Mission erforderlich werden sollte. Zur Verstärkung Ihrer Brigade, wenn sie nöthig ist und wenn Sie uns deren Angemessenheit und Nützlichkeit kundgemacht haben werden, sind Maßregeln getroffen. Ihre Mission, ich wiederhole es, bezweckt einzig, die persönliche Freiheit des Oberhauptes der Kirche und sein augenblickliches Zurückziehen auf das Gebiet der Republik zu sichern. Die Republik glaubt sich durch eine alte, echt französische Ueberlieferung berufen, die Person des Oberhauptes der Kirche zu schützen und geachtet zu machen; die Vollziehung dieser Pflicht ist es, welche sie Ihrer Weisheit und Vaterlandsliebe anvertraut, auf welche sie volles Vertrauen setzt.““ Wenn die Versammlung beabsichtigt, über diesen Gegenstand irgend eine Discussion zu eröffnen, so ersuchen wir sie, den Tag festzustellen.“ Hr. Ledru-Rollin wollte sofortige Eröffnung der Discussion, sie wurde jedoch auf Cavaignac's Antrag auf übermorgen anberaumt.

Aus dem Marine-Ministerium gingen gestern Befehle nach Toulon, welche auf die Ausrüstung und Einschiffung von Kriegsfahrzeugen und Truppen nach Civitavecchia Bezug haben. Einem Gerücht zufolge, wäre der Papst in Marseille eingetroffen. Der Erzbischof von Paris ordnet mittelst Hirtenbriefs vom 27. November in allen Kirchen öffentliche Gebete für die Rettung des Papstes an.

Straßburg, d. 25. Nov. Unser Bischof hat bei Gelegenheit der bevorstehenden Erwählung des Präsidenten der Republik an die Geistlichen und Gläubigen seines Sprengels ein

Schreiben erlassen, in welchem er dieselben auf die Gefühle hinweist, die zu den Wahlen mitgebracht werden sollen, damit „ein Mann zum ersten Amte der Republik gelange, welchen Gott den Nationen schickt, wenn er barmherzig mit ihnen ist, ein Mann, dessen sämtliche Gedanken nur das Glück und den Ruhm Frankreichs zum Zwecke haben“. Der Bischof spricht zu verschiedenen Malen seinen Abscheu aus gegen die betrieblichen Lehren, welche einige Männer zum Umsturz der gesellschaftlichen Ordnung heute in der Welt zu verbreiten suchen, versichert die Gläubigen, daß Gott die Welt nicht Theorien überlassen habe, deren Verwirklichung den Wirrwarr in die Gesellschaft zurückführen würde, und spricht die Hoffnung aus, daß der göttliche Glanz des Christenthums wie leichte Dünste jene Lehren und Irrthümer verschwehen werde, welche wechselweise betrogene Menschen umfassen, die der Mangel an Glaube verdammt, aufs Geratewohl im Labyrinth der thörichten Doctrinen herumzuirren. Es werden schließlich Kirchengebete für die Wahl des Präsidenten der Republik angeordnet.

Preussische Nationalversammlung.

30. November.

Die Abgeordneten treten nach 10^{1/2} Uhr allmählig in den Saal; die Herren Bornemann und Petersen werden von vielen Seiten begrüßt. Die Tribunen sind heute stark besetzt; man bemerkt auf ihnen mehrere Deputirte als Zuhörer. Herr v. Gagern befindet sich in der Loge des diplomatischen Corps. Im Saale bilden sich mehrere Gruppen, in welchen lebhaft diskutiert wird. Der Präsident eröffnet die Sitzung nach 11^{1/4} Uhr. Er liest ein Schreiben des Ministers v. Ladenberg, welcher den katholischen Mitgliedern der Versammlung zur Abhaltung des Gottesdienstes einen Saal des hiesigen Gymnasiums zur Disposition stellt, indem ein anderes Lokal für diesen Zweck gegenwärtig in Brandenburg nicht vorhanden ist. Der Präsident meldet weiter, daß der Abg. Grabow bereits unter dem 27. Nov. sein Mandat niedergelegt hat. v. Puttkammer und Lhuem entschuldigen ihre heutige Abwesenheit durch Krankheit. Man schreiet nun zum Namensaufruf. Während desselben treten mehrere Mitglieder des Centrums, welche sich bisher von den hiesigen Verhandlungen fern gehalten, in den Saal, unter ihnen die Herren Parrisius, Duncker, v. Wangenheim, Haase. Zum ersten Male wohnen den hiesigen Sitzungen bei: Bornemann, Petersen, Parrisius, Duncker, v. Wangenheim, Haase, Friedrich (Landsberg), Hansen, Moewes, Rehme, Sohrweide, Nethe, Kunth, Steimig, Schadebrodt, Rehmer, Elkemann.

Während der Zählung erhält Bornemann das Wort zu einer persönlichen Bemerkung. Er bemerkt in seinem und seines Freundes Petersen Namen, daß sie ihr heutiges Erscheinen nicht mit einem Proteste oder einer Verwahrung beginnen wollen. Ich bin, fährt er fort, nicht ein Freund solcher Proteste, besonders wenn sie einer freien Handlung anhängig werden. Aber ich habe mich hier über unsere Stellung seit dem 9. November auszusprechen. Ich war am 27. November im Begriff mein Mandat niederzulegen, nicht weil ich nach den Berliner Beschlüssen vom 15. November noch Bedenken getragen hätte, hier zu erscheinen, sondern weil ich neue Konflikte hier befürchtete. Aber der Rath einsichtsvoller Freunde und besonders Besprechungen mit den Reichskommissarien haben mich überzeugt, daß es meine Pflicht sei, hier zu erscheinen, und in einer Lage, wie die gegenwärtige, konnten mir persönliche Gründe, ja selbst Principienfragen nicht als ein hinreichendes Hinderniß erscheinen. Wir schließen uns ihnen also ohne Protest mit vollem Verzen an. — Wir verkennen nicht, daß die Versammlung sich seit längerer Zeit in einem fieberhaften Zustande befand, so daß eine Krisis eintreten mußte. Aber wir glauben, daß dieselbe bereits am 31. October wirklich eingetreten sei, und eine Umwendung von da ab von selbst erfolgen mußte. Die Regierung hat dies aber anders aufgefaßt und ihre Mittel in anderer Weise ergriffen. Sie können meinen Antrag vom 9. Nov., so wie die statt desselben angenommenen. Männer, welche lange Zeit politische Freunde waren, haben sich in diesen Tagen von einander geschieden. Jeder glaubte gute Gründe für sein Recht zu haben; ich halte die damals ausgesprochenen für Ehrenmänner, verlange aber auch dasselbe von ihnen. Uns schien es damals gerade die Pflicht der Gemäßigten, mit aller Kraft, mit aller moralischen Entschiedenheit auf eine Vermittelung hinzuwirken. Leider ist uns diese nicht gelungen; wir sind gescheitert. Es kommt jetzt hier auf Wägung nach allen Seiten an. Lassen Sie uns in Gemeinschaft handeln, daß nicht

die bisherigen Spaltungen wieder eintreten. Decken Sie einen Schleier über die ganze Vergangenheit und halten wir fest zusammen nach jeder Seite gegen die, die mit Unmaß kommen, um den Sieg zu erfechten. Die Rede wird an mehreren Stellen und am Schlusse mit Beifall aufgenommen.

Duncker nimmt das Wort; auch er will keinen Protest einlegen, doch liest er eine von ihm und den Abg. v. Wangenheim, Haase, Steimig, Nethe, Friedrich (Landsberg), Kunth, Schadebrodt, Hansen, Sohrweide, Rehme und Elkemann unterzeichnete Erklärung. Sie stehen nach wie vor in der rechtlichen Ueberzeugung, daß die Vertagung, Verlegung oder Auflösung der Versammlung nicht der Krone einseitig zusteht, und glauben, daß nur etwa die Frage der Verlegung eine bestrittene sein könne. Nachdem am 27. Nov. also die Vertagung von selbst ihr Ende gefunden, fanden sie nur noch in der Existenz des Ministeriums Brandenburg ein weiteres Hinderniß nach Brandenburg zu kommen. Dieses mußte in dem Nichterscheinen so vieler Abgeordneten ein entschiedenes neues Misstrauensvotum sehen. Dennoch war zu fürchten, daß wenn die Versammlung noch länger beschlußunfähig blieb, dies Ministerium die Geschäfte fortwährend fortführte, und so auch die Beunruhigung des Landes und die Verzögerung der Verfassung fortbauerte. Duncker fügt hinzu, daß auch er eine Krisis in dem Wirken der Versammlung für notwendig gehalten habe, aber glaube, daß schon morgen von allen Seiten die Hand zur Versöhnung hier werde geboten und angenommen werden.

Parrisius fordert das Wort gleichfalls für eine persönliche Bemerkung: Ich stehe nicht völlig im Einklange mit der eben gehörten Erklärung. Ich bin nur hierher gekommen, um hier weiter gegen ein freihet- und volksfeindliches Ministerium zu wirken. (Lärmende Unterbrechung von den vorderen Bänken: Ruf: „Das ist keine persönliche Bemerkung, zur Ordnung!“) Die Nationalversammlung allein wird die Macht haben, dies Ministerium zu überwinden (neuer Lärm), und es wird ihr dann möglich sein, das Werk zu vollenden, auf welches das Land wartet. So lange meine physischen Kräfte es gestatten, werde ich dafür kämpfen, daß nicht nochmals die Freiheit des Volkes vernichtet werde. (Lärm, Beifall von den hinteren Bänken.) Bauer (Berlin): Von den beiden ersten Rednern haben wir Worte der Versöhnung gehört, der Letzte aber hat wieder denselben Weg betreten, wie seit 7 Monaten. Wir wollen alle die Freiheit des Volkes verfechten, aber nicht auf die alte Weise. Ich protestire gegen solche Bemerkungen, welche für einen Theil der hiesigen Mitglieder verlegend sind. (Beifall.) Parrisius (Lärm; von hinten: Redefreiheit!); Es ist mir nicht eingefallen, jemand zu verdächtigen. Ich sprach nur von dem, was ich selbst hier zu thun denke. Reichen sperger protestirt dagegen, daß jedes neu eintretende Mitglied hier sein Glaubensbekenntniß ablege: Er und seine Freunde seien in der letzten Zeit so viel verdächtig, daß sie vor Allem zu solchen persönlichen Bemerkungen hätten das Wort nehmen müssen. Dieß sei ferner nicht mehr zu gestatten. (Bravo und Zischen.)

Es wird hierauf das Resultat des Namensaufrufs verkündet. Es ergibt sich, daß 182 Mitglieder anwesend sind; 13 sind nur momentan gehindert. Simons zieht seinen für heute auf die Tagesordnung gesetzten Antrag bis morgen zurück, und die Sitzung wird hierauf bis morgen früh 11 Uhr vertagt. Schluß 12^{1/2} Uhr.

Freie Gemeinde.

Sonntag Nachmittag 2 Uhr Versammlung. (Vortrag.)

Der Vorstand.

Fonds- und Geld-Cours.

Berlin, den 1. December.

	Sf.	Brief.	Geld.		Sf.	Brief.	Geld.
St. Schuld-Sch.	3 ^{1/2}	—	77	Pomm. Pfandbr.	3 ^{1/2}	91	—
Sch. Pram.	—	—	—	R. u. Nm. do.	3 ^{1/2}	90 ^{3/4}	90 ^{1/4}
Scheine.	—	92 ^{1/8}	91 ^{5/8}	Schlesische do.	3 ^{1/2}	—	—
Kur- u. Neum.	—	—	—	do. Lit. B. ga-	—	—	—
Schuldversch.	3 ^{1/2}	—	73 ^{3/4}	rant. do.	3 ^{1/2}	—	—
Berliner Stadt-	—	—	—	Pr. Bk.-A.-Sch.	—	90 ^{1/2}	89 ^{1/2}
Obligat.	3 ^{1/2}	73	—				
Wsp. Pfandbr.	3 ^{1/2}	—	83	Frdrichsd'or.	—	13 ^{7/12}	13 ^{1/12}
Groß. Pos. do.	4	—	95 ^{1/4}	And. Goldm. à	—	—	—
do. do.	3 ^{1/2}	79 ^{3/8}	78 ^{7/8}	5 Thlr.	—	13 ^{11/12}	12 ^{5/12}
Dkpt. Pfandbr.	3 ^{1/2}	—	88 ^{1/2}	Disconto	—	3 ^{1/2}	4 ^{1/2}

Eisenbahn-Actien.

Stamm-Actien.	Zf.	Prioritäts-Actien.	Zf.
Brl. Anh. Lit. A. B.	4	Berl.-Anhalt do. Hambg.	4
do. Hamb.	4	do. Potsd.-M. do.	4
do. St.-Stat.	4	do. Stettiner	5
do. Potsd.-M.	4	Mgd. = Leipz.	4
Mgd. = Hlbf.	4	Halle = Thur.	4
do. Leipziger	4	Cöln = Mind.	4
Halle = Thür.	4	Rh. v. St. gar.	3
Cöln = Mind.	3	d. 1. Priorität	4
do. Aachen	4	do. St. = Pr.	4
Bonn = Cöln	4	Düsseld. = Elf.	4
Düsseld. = Elf.	4	Mchl. = Märk.	4
Stael. Wohn.	4	do. do.	5
Mchl. = Märk.	3	do. III. Serie	5
do. Zweigbhn.	4	do. Zwgbhn.	4
Mchl. Lit. A.	3	do. do.	5
do. Lit. B.	3	Oberschl.	4
Cosel-Derb.	4	Cosel-Derb.	5
Bresl. Freib.	4	Stael. Wohn.	5
Krak.-Ohschl.	4	Bresl. = Freib.	4
Berg. = Märk.	4		
Starg. = Pof.	4		
Brieg-Neisse	4		
Quitt. = B.	4		
Berl. Anh. B.	4		
Mgd. = Wittb.	4		
Nach. = Mastr.	4		
Th. Wb. = Bhn.	4		
Musl. Ab.	4		
Ludw. = Verb.	4		
24 fl.	4		
Pesth. 26 fl.	4		
Fr. = W. = Ndb.	4		

Leipzig, den 1. December.

Staatspapiere.	Angeboten.	Gesucht.	Staatspapiere. Actien excl. Zinsf.	Angeboten.	Gesucht.
Königlich sächsische Staats-Papiere à 3% im 14. J. von 1000 u. 500 fl. kleinere	—	76	P.-Dbl. à 3 1/2 %	97	—
à 4% do. v. 500 fl. do. do. v. 500 u. 200 à 5 % do. do. kleinere	—	87	Chemn.-R. Eisenb. Anl. à 10 % 4% R. pr. St. = Schuld-scheine à 3 1/2 % im pr. St. pr. 100 R. f. österr. Metall. pr. 150 fl. Conv. à 5% lauf. Zinsen à 4% à 103% im à 3% 14 fl. J.	—	—
Königl. sächs. Land-rentenbriefe à 3 1/2 % im 14. J. von 1000 u. 500 fl. kleinere	—	101	Pr. Frsb'or à 5 % idem auf 100	—	—
Act. d. ch. S. = Bair. C. = Co. bis Mich. 1855 à 4% spät. à 3% von 100 fl.	—	82	And. ausl. Louisb'or à 5 % nach gerin-germ Ausmünzungsse auf 100	—	—
Königl. pr. Steuer-Kredit-Kassensch. à 3% im 20. J. von 1000 u. 500 fl. kleinere	—	76 1/2	Conv. = Spec. u. Gld. auf 100	—	12 1/4
Leipz. Stadt-Dbliz-gationen à 3% im 14. J. von 1000 u. 500 fl. kleinere	88 1/2	—	idem 10 u. 20 Kr. auf 100	—	2
Sächs. erbl. Pfand-briefe à 3 1/2 % von 500	—	79	Actien d. B. B. pr. St. à 103 %	—	—
von 100 u. 25	—	—	Leipz. Bank-Actien à 250 fl. pr. 100	140	—
S. lauffcher Pfand-briefe à 3 %	—	74 1/4	Leipz. = Dresd. Eisenbahn = Actien à 100 fl. pr. 100	—	96 1/4
S. lauffcher Pfand-briefe à 3 1/2 % do. à 4 %	—	83 1/4	Sächs. = Schlef. do. pr. 100	73	—
Leipz. = Dresd. Eisenb.	—	96 1/2	Chemniz = Risaer do. à 100 fl. pr. 100	—	25
			Lebau-Zittauer do. pr. 100	20	—
			Magdeb. = Leipz. do. pr. 100	—	161

Getreidepreise.

(Nach Berliner Scheffel und preuß. Seld.)
 Magdeburg, den 1. December. (Nach Wispeln.)
 Weizen 42 — 47 fl. Gerste 22 — 26 fl.
 Roggen 25 — 27 fl. Hafer 15 — 16 fl.
 Nordhausen, den 28. November.
 Weizen 1 fl 14 Jg bis 1 fl 22 Jg Gerste — fl 22 Jg bis 1 fl — Jg
 Roggen — = 28 = — = 3 = Hafer — = 14 = — = 18 =
 Kübel, der Centner 12 1/2 fl.
 Reindl, der Centner 11 fl.

Berlin, den 1. December.

Weizen nach Qualität 50-55 fl.
 Roggen loco 24 1/2-27 fl.
 = schwimmend 25 fl Br.
 = pr. Frühjahr 82 pfd. 28 1/2 fl Br., 28-28 1/4 G.
 Gerste, große, loco 24-25 fl.
 = kleine 19-22 fl.
 Hafer loco nach Qualität 15-16 fl.
 = pr. Frühjahr 48 pfd. 15 fl Br.
 Kübel loco 11 3/4 fl Br. u. b.
 = pr. diesen Monat 11 3/4 fl Br., 2/3 G.
 = pr. Dec./Jan. do.
 = Jan./Febr. 11 3/4 fl Br. u. b.
 = Febr./März 11 3/4 fl Br., 11 2/3 G.
 = März/April do.
 = April/Mai do.
 Spiritus loco ohne Faß 14 3/4-15 fl b.
 = Dec. 15 fl Br.
 = pr. Frühjahr 16 2/3 fl Br., 16 1/2 b. u. G.

Wasserstand der Saale bei Halle
 am 1. December Abends 6 Uhr am Unterpiegel 8 Fuß 11 Zoll.
 am 2. December Morgens 6 Uhr am Unterpiegel 9 Fuß — Zoll.

Wasserstand der Elbe bei Magdeburg
 am 1. December: 1 Zoll unter 0.

Fremdenliste.

Angekommene Fremde vom 1. bis 2. December.
 Im Kronprinzen: Hr. Partik. Baron v. Werther a. Berlin. Hr. Rittergutsbes. Baron v. Baining a. Holstein. Hr. Assessor Maas a. Magdeburg. Hr. Bauconducteur Hoffmann a. München. Hr. Dr. phil. Riechmann a. Frankfurt. Fr. Uthe, Herzogl. Hoffän-gerin a. Weimar. Die Hrn. Kauf. Thalheim a. Elberfeld, Schu-ber a. Bremen.
 Stadt Zürich: Die Hrn. Kauf. Wilhelms a. Nordhausen, Pippoc a. Elberfeld, Beschüg a. Berlin. Hr. Major Freitag u. Hr. Adjut. Bresler a. Merseburg.
 Soldnen Ring: Die Hrn. Kauf. Klink a. Leipzig, Engelhardt a. Berlin. Hr.endant Kraemer u. Hr. Secr. Stühler a. Mag-deburg.
 Englischer Hof: Die Hrn. Kauf. Runze a. Nürnberg, Schulze a. Stettin. Hr. Dekon. Köppler a. Paderborn. Hr. Partik. Do-genhardt a. Cölin.
 Soldnen Löwen: Die Hrn. Kauf. Saalborn a. Berlin, Gersdorf a. Freiburg. Hr. Fabrik. Wiffensee a. Teuchern. Hr. Mechan. Fashold a. Kreuznach. Hr. Partik. Schreiber a. Frankfurt.
 Stadt Hamburg: Die Hrn. Kauf. Beshewsky a. Halberstadt, Scheidner a. Berlin, Sturm a. Nordhausen. Hr. Lieut. v. Eck a. Meßlitz. Hr. Stud. Obavius a. Rastniz. Hr. Dekon. Keil a. Ernsdorf.
 Soldne Angel: Hr. Kaufm. Teubert a. Leipzig. Hr. Gutsbes. v. Gortleb a. Görlitz. Hr. Rentier Kamke a. Berlin. Hr. Fabrik-bef. Hertel a. Chemniz. Hr. Rektor Hehrhold a. Bibra.
 Zur Eisenbahn: Hr. Rittergutsbes. v. Sertau m. Fam. a. Mecklen-burg. Die Hrn. Kauf. Bergmann a. Eisenach, Kramer u. Lange a. Magdeburg, Sauer a. Berlin.



Wrangel in Berlin.

Er braucht nur einzuziehen,
Braucht nur stummen Ernst zu zeigen,
Die Barricadenhelden schweigen,
Die redfertigen Berliner
Machen stumme tiefe Diener.
Gustav Wrangel, ernst und wahr,
Krümmt den Leuten dort kein Haar,
Spricht sehr wenig, schließt in Ruh
Die National-Versammlung zu:
Sieht, wie sich die Staatsgewalten
Run zersplittern und zerspalten,
Wie doch die getreuen Rechten
Ihren König noch verfechten;
Sieht, wie dort die wilden Linken
Run umsonst dem Pöbel winken,
Gar mit frevelhafter Hand
Schleudern ihren Feuerbrand
Uebers ganze Vaterland.

Duedlinburg, den 23. Novbr. 1848.

Wrangel sieht es an mit Schweigen,
Und — die Staatspapiere steigen.
Der Berliner Magistrat
Geht voran mit gutem Rath,
Mahnt mit Ernst und mit Verstande;
Der gesunde Sinn im Lande
Ist erwacht, und läßt die Linken,
Läßt sie toben, rasen, — sinken. —
Wem das Wohl des Ganzen theuer,
Der zahlt nach wie vor die Steuer,
Die mit frevelhafter Hand
Von der Linken aberkannt.
Auf geordneten Finanzen
Beruht im Einzelnen und Ganzen
Unser aller Wohl und Weh:
Jeder gute Bürger seh
Wohl sich vor, was er beginnt,
Und bedenke Weib und Kind.

Fr. Nauck.

An Se. Majestät unsern allergnädigsten König und Herrn!

Im Drange der Verhältnisse unseres Gefahr bedrohten theuren Vaterlandes fühlen sich die unterzeichneten Gemeinden gedrungen, vor dem Throne Ew. Königlichen Majestät ehrfurchtsvoll die Erklärung abzugeben: daß wir, fern von den Verirrungen, den ungesetlichen Schritten des widerspenstigen Theiles der National-Versammlung und der dadurch bewirkten unglücklichen Aufregung unsern Beifall zu zollen, auch unter den Versuchungen der Gegenwart nicht aufgehört haben, Ew. Königlichen Majestät mit den Gesinnungen des Vertrauens und unwandelbarer Treue ergeben zu sein und demgemäß die aus gebieterischer Nothwendigkeit hervorgegangenen Schritte zur Wiederherstellung der Ordnung des Landes mit Beifall und Hoffnung begrüßen. In dem festen Vertrauen auf die wiederholt erteilten Versicherungen Ew. Königlichen Majestät, von der Bahn des Rechtes keinen Schritt abweichen und die dem Volke zugestandene Freiheit schützen und gewähren zu wollen, bitten wir den König aller Könige, daß er in dieser prüfungsvollen Zeit auch Ew. Königlichen Majestät theures Haupt mit seiner Gnade krönen und Allerhöchstdero Herz mit dem Muth und der Beharrlichkeit ausrüsten wolle, welche unter dem bedrohlichen Verhältnisse der Gegenwart unentbehrlich nothwendig sind. In ehrfurchtsvoller Treue

Ew. Königlichen Majestät
gehorsame und treue Unterthanen

der Gemeinden Raschwitz, Reinsdorf, Wünschendorf, Ober-Globicau,
Nieder-Globicau, Crakau, Klein-Gräsendorf, Ober-Kriegstädt,
Burgstaden, Schabendorf. (Sämmtlich im Regierungsbezirk Merseburg.)

Logis-Veränderung.

Ich mache hiermit ergebenst bekannt,
daß ich nicht mehr auf dem Steinwege,
sondern **Märkerstraße Nr. 407**
wohne.
Schiborr.

**Fr. Lange, geprüfter u. selbst an
Brüchen** leidender Bandagist, gr. Ulrichs-
straße Nr. 66, empfiehlt Bandagen jeder Art.

Eine in gutem Stande, in vier Federn
hängende, leichte, einspannige Droschke ist
zu verkaufen und zu erfragen beim Satt-
lermeister Herrn Schmelzer in Fehntz
unweit Dessau.

Ein gebildetes Mädchen, welches im Rech-
nen und Schreiben nicht unerfahren ist und
die besten lebenswürdigen Zeugnisse hat,
findet in einer kleinen Stadt in einem leb-
haften Materialgeschäft zum 1. Jan. k. J.
als Ladungsmädchen eine Anstellung; hierauf
Reflectirende wollen sich gefälligst persönlich
bei Herrn Habermeyer in Raumburg
a. d. S. melden, welcher nähere Auskunft
ertheilt.

Warnung.

Für Reisende und Geschäftsleute, welche
Geld bei sich führen, finde ich großes Miß-
trauen gegen den billigen Schenkwirth Dre-
bes in Stranz-Naundorf zur Linde, wo
ich für einen kleinen Rumschnaps und drei
Buttersemmeln 5 $\frac{1}{2}$ zahlen mußte.

Wettin.

Franz Pfeiffer, Wirthhändler.

Familien-Nachrichten.

Todes-Anzeige.

Am 30. November d. J. in den ersten
Morgensunden endete unsere gute Frau
und Mutter Marie Sophie verehelichte
Schlegel, geb. Dauderstädt, nach ei-
nem kurzen beispiellos ruhigen Krankenla-
ger ihr edles und sanftes Leben in einem
Alter von 56 Jahren an Nerven-Lähmung.
Der Verlust ist uns sehr betäubend und
unersehtlich. Dies zeigen wir unsern aus-
wärtigen Freunden und Bekannten hierdurch
ergebenst an und bitten um stilles Beileid.
Biel zu früh für die Dir lieben Deinen.
Brach Dein treues liebevolles Herz,
Schied Dein Geist, der nur für Tugend
glühte,
Schloß Dein Auge sich zu unserm großen
Schmerz.

Strößen, den 1. December 1848.
Johann Samuel Schlegel, als Witte,
so wie sämmtliche Kinder nebst deren Gat-
ten und Gattinnen.

Bei Pfeffer (Schweigsche Sort.-Buchh.) in Halle ist vorräthig und in
Hallen Buchhandlungen zu haben:

Neues Universal-Hauswörterbuch für alle Stände.

Enthaltend: Gründliche Belehrungen über alle Zweige der Hauswirthschaft, wie über
Kochkunst, Conditorei etc., der Krankenpflege, Hausarzneikunde, Kindererziehung,
Blumen- und Gemüsekultur nebst auf Erfahrung gegründete Mittheilungen über
die Wartung und Zucht sämmtlicher Hausthiere, so wie über die beste Zusammen-
setzung der Heilmittel und deren Anwendung bei Krankheitsfällen der Thiere. Von
C. D. Schmidt. Broschirt 1 Rthl.

Raden, von diesem Jahre, und Heu
ist zu verkaufen in der Fuchswühle an der
Götsche.
C. Dhlhoff.

Eine Declinirwaage für Gewichte bis zu
5 C wird zu kaufen gesucht Filschergasse
Nr. 1161.

Nr. 5 in Diemitz steht zu verkaufen
ein schwarzes Pferd (Wallach), eine schlacht-
bare Kuh und ein Ochs (Bulle).

Sonntag ist Concert und Tanz, auch
gibt's feishe Pfanntuchen bei Kühne vor
dem Steinthor.

Gebauer'sche Buchdruckerei.

Deutschland.

Halle, d. 2. December. Da der bisherige Deputirte unserer Stadt bei der preussischen National-Versammlung, Dr. A. H. Niemeyer, sein Mandat zurückgegeben hat, wurde heute zu einer neuen Wahl geschritten. 54 Wahlmänner waren in der Versammlung zugegen. Der bisherige Stellvertreter desselben, Kaufmann A. Jacob, wurde mit 38 Stimmen zum Deputirten erwählt. Als Stellvertreter wurde der Rector der lateinischen Hauptschule, Dr. Eckstein, ebenfalls mit 38 Stimmen erwählt.

Preussische Nationalversammlung.

1. December.

Auch heute sind die Tribünen wieder stark besetzt, und es giebt sich eine gewisse Spannung kund, indem bekannt ist, daß heute Morgen etwa 70 Deputirte des linken Centrums und der Linken hier angekommen sind. Man erfährt, daß dieselben noch über ihr ferneres Verhalten eine Konferenz halten. Präsident von Brünneck eröffnet die Sitzung nach 11¼ Uhr. Das Protokoll von gestern wird ohne Bemerkung angenommen. Luedicke (Templin) und Niemeyer (Halle) legen ihr Mandat nieder. Man schreitet zum Namensaufruf. Während desselben treten die erwarteten Deputirten in langem Zuge ein. Es ergiebt sich, daß folgende Abgeordnete hinzugegetreten sind: Bauer (Athenau), Bauer (Krotoschin), Borchardt II. (für Borchardt I.), Biesner, Burkhard, Bruchhausen, Bucher, Becker, Dierck, Dietrich, Dörk, Dziadek, Ebel, Eichner, Fischer (Gösfeld), Friedrich (Neustadt), Funke (Pagen), Giersberg, Geibel, Gehnel, Hauptmann (Glas), Heilig, Pesse (Saarbrücken), Kämpf, Kaliski, v. Kirchmann, Klingenberg, Knauth, Köhler (Marienwerder), Kossch, Kraackrügge, Kung, Kitzelmann, Ludwig, Mayer, Maas, Mann, Matthäi, Wildner, Moritz, Mroz, Müller (Brieg), Müller (Zell), Müller (Wohlau), Nettmann, Nickel, Neuhaus, Packeiser, Pantow, Piegsa, Plath, v. Petworowski, v. Trapezniski (für v. Radonski), Rahn, Reinitze, Richter (Berent), Riemann, Röscher, Riedel (Pyritz), Reinitze, Sajcaneck, Schmidt (Garnickau), Schmidt (Eylau), Schneider, Siebert, Steffanowicz, Strybel, Schulze (Schweh), Schulze (Friedeberg), Schoen (Züllichau), Saszarski, v. Saczanowski, Thummel, Töbe, Ulrich (Anklam), Wachsmuth, Weichsel, Wollschläger, v. Soltowski, Zorn.

Schneider verlangt das Wort zu einer persönlichen Bemerkung: Widerspruch von mehreren Seiten. Der Präsident will nach Vollendung der Zählung sofort die Constituirung der Versammlung durch Wahl des Bureau folgen lassen, und das Wort zu Bemerkungen irgend welcher Art vorher nicht ertheilen. Schneider: das Wort kann nach der Geschäftsordnung zu jeder Zeit genommen werden. Ich berufe mich auf den hier befolgten Gebrauch in den letzten Tagen, wo die Verhandlungen fast nur in persönlichen Bemerkungen bestanden haben. (Bravo). Parrisius: Sie werden nicht inconsequent sein, besonders wenn es gilt, die Freiheit dieser Tribune zu bewahren. Uebrigens habe ich einen Antrag auf Vertagung gestellt, und dieser geht nach dem Reglement allem Anfang, also auch der beabsichtigten heutigen Constituirung, vor. Bauer (Berlin): Man beruft sich auf das Reglement, aber dies gilt erst, wenn die Versammlung wirklich constituirt ist (Lärm und Lachen von den hinteren Banken). Wenn hier wieder auf diese Weise verhandelt wird, so werden wir nicht das Vertrauen des Landes rechtfertigen (Unterbrechung). Pelzer: das Reglement sagt nur, daß das Wort ertheilt werden kann, nicht, daß es ertheilt werden muß. (Weiterkeit auf den hinteren Banken). Meine Herren, was in Berlin früher geschehen ist, das werden wir hier nun und nimmermehr dulden. (Lärm). Dahne erklärt sich nach dem Vorgange der früheren Tage energisch für das Recht der eben Eingetretenen, ihre Ansicht auszusprechen. Kämpfe: es ist gesagt worden, man werde hier nicht das dulden, was in Berlin; ich weiß nicht, was dies bedeutet, hoffe aber, daß sie auch ferner hier die einfachsten Regeln der Gerechtigkeit achten werden. Nicht zehn Mitglieder können hier das Reglement so auslegen, wie geschehen. In gleichem Sinne erklärt sich Wachsmuth, und der Präsident ertheilt nun ohne weiteren Widerspruch dem Abg. Schneider das Wort.

Schneider: Ich habe in meinem und meiner politischen Freunde Namen folgende Erklärung zu geben: Wir Unterzeichneten erklären, daß wir festhalten an den Beschlüssen der National-Versammlung vom 9. November, fortdauernd der Krone die Befugniß beizubehalten, die National-Versammlung wider ihren Willen zu verlegen, zu vertagen oder aufzulösen. Nachdem die Fortsetzung der Berathungen der National-Versammlung in Berlin durch Militairgewalt verhindert wird, und nachdem die Absicht erklärt ist, die hiesige Minorität durch Einberufung der Stellvertreter, wenn auch auf ungesetzlichem Wege, voll-

ständig zu machen, erscheinen wir in Brandenburg, alle andern Rücksichten dem Wohle des Landes opfernd, um auch hier die Rechte derselben zu wahren. Es folgen die Unterschriften fast aller oben genannter Abgeordneter und außerdem auch der Abg. v. Unruh, Phillips und Plönnies. Schneider fügt hinzu: Im Namen des Präsidiums der Versammlung, des Präsidenten v. Unruh und der Vicepräsidenten Phillips und Plönnies habe ich noch zu bemerken, daß sie heute nicht hier haben erscheinen können, weil sie noch beschäftigt sind mit Einberufung der Mitglieder nach Brandenburg. (Lärmende Unterbrechung von den vordernen Banken.) Wir hier Erschienenen sind ihrer Einladung hierher bereits gefolgt.

Es wird hierauf das Resultat des Namensaufrufs proklamirt: es sind 260 Mitglieder anwesend, die Versammlung also beschlußfähig; 11 sind mit Entschuldigungen abwesend. Der Präsident will nun sofort zur Constituirung übergehen, Parrisius aber bringt einen Antrag auf Vertagung bis Montag früh 11 Uhr ein, über welchen nach dem Reglement zuvor abgestimmt werden muß. Nachdem ein Streit hierüber bestritten ist, wird der Antrag durch namentliche Abstimmung mit einer Majorität von 145 Stimmen gegen 113 verworfen. Die gestern eingetretenen Mitglieder des Centrums stimmen meist gegen den Antrag, wie Duncker, Paase und Andere. Schneider nimmt darauf das Wort zur Geschäftsordnung. Ich habe schon darauf aufmerksam gemacht, daß das Präsidium noch mit Einberufung der Stellvertreter beschäftigt ist. (Lärmende Unterbrechung.) Der Redner wiederholt die Worte. Ich hoffe, die Redefreiheit hat in Brandenburg für uns nicht aufgehört. Ich weiß als Secretair, daß an mehr als 100 Mitglieder die Einladung des Präsidiums noch nicht ergangen ist; deshalb stimmten wir für Vertagung bis Montag. Sie haben hierin nicht willigen wollen und so verlassen wir für heute den Saal. Die Deputirten des linken Centrums und der Linken entfernen sich hierauf.

Baumstark erklärt sich sehr entschieden dagegen, daß hier von einem bereits bestehenden Präsidium gesprochen werde. Er kenne keinen Präsidenten v. Unruh; dieser sei nur bis zum 12. November gewählt und eine etwa geschehene Wiederwahl seit dieser Zeit ungesetzlich. Er und seine Freunde können dies unter keinen Umständen anerkennen. Gleicher erklärt sich nicht einverstanden mit Baumstark, will aber hier alle Prinzipien-Fragen unerörtert lassen und den Streit nicht wieder aufnehmen. Baumstark: Er habe hier bisher stets im Sinne der Versöhnlichkeit gesprochen, aber der Streit sei jetzt von der andern Seite, nicht von ihm, wieder angeregt. Weichsel erklärt, daß eine Einladung an die Deputirten nur von dem Präsidium, nicht von dem Ministerium durch den wenig gekannten Staatsanzeiger ausgehen könne. Parrisius bedauert die Verwerfung seines Antrags; es sei dies nicht die Art, hier die Hand zum Frieden zu bieten, vielmehr erscheine jetzt eine Versöhnung sehr erschwert. Bornemann: Meine Wahl zum Vicepräsidenten am 11. November mag nun legal gewesen sein oder nicht, ich würde nicht hier als solcher aufgetreten sein und bedaure, daß nicht überall im gleichen Sinne gehandelt worden ist.

Der Saal hat sich während dieser Bemerkungen sehr geleert. Präsident von Brünneck will zur Wahl des Präsidenten schreiten. Grebel beantragt, daß vorher der Namensaufruf erfolge, um erst aufs Neue die Beschlußfähigkeit zu konstatiren. Geßler bemerkt, daß bei Abgabe der Stimmzettel die Namen ohnehin einzeln aufgerufen werden. Dane legt hingegen Widerspruch ein, doch laßt der Präsident zum Scrutinium schreiten. Der Erfolg desselben ergiebt, daß nur 172 Stimmzettel eingegangen sind, die Wahl also nicht als gültig betrachtet werden kann.

Simons verlangt nun, daß sein früherer Antrag jetzt sofort vorgenommen werde. Die Versammlung soll das Präsidium auffordern, das Staatsministerium zu ersuchen, für alle diejenigen Deputirten, welche bei dem letzten Namensaufrufe (der Präsidentenwahl) gefehlt haben, die Stellvertreter einzuberufen. Die Versammlung dürfe nicht länger mit ihrer gesetzlichen Constituirung aufgehalten werden, sondern müsse endlich entschiedene Maßregeln ergreifen. Die Erklärung der heute zum ersten Male anwesenden Abgeordneten hat gezeigt, in welchem Sinne sie gekommen sind. Sie erscheinen allein auf Aufforderung eines völlig ungesetzlichen Präsidiums. Wir müssen uns sicher stellen gegen alle Zufälle, durch die man uns beschlußunfähig macht. Wachsmuth protestirt gegen jede weitere Verhandlung in beschlußunfähigem Zustande. v. Meusebach behauptet, die Versammlung habe das Recht zwar nicht zu materielen, aber doch zu formellen Beschlüssen, welche nur ihr äußeres Dasein betreffen. Wachsmuth: Die Wiederlegung dieser Unterscheidung ist nicht der Mühe werth, aber es ist in diesen Tagen viel Gekwats geschehen, üben Sie auch diese noch.

Zacharia: Das Präsidium könne thun, was es nöthig finde, aber die Versammlung nicht beschließen. v. Daniels findet den Antrag zu schwach; das Ministerium soll aufgefordert werden, sofort Neu-

wählen für alle heute Fehlenden zu veranlassen. Er stellt ein Amendement in diesem Sinne, w 8 er jedoch nach schwacher Unterstützung später zurückzieht, weil das Ministerium schon von selbst wissen werde, was es zu thun habe. Der Präsident erklärt noch, er werde auch ohne Beschluß der Versammlung das Nöthige veranlassen, wünsche aber, daß ein solcher gefaßt werde. Rosch mahnt dringend zur Mäßigung und vor allen Gewaltmaßregeln gegen Solche, die im besten Gewissen gehandelt, und wie er heute nur mit Aufopferung ihrer Ueberzeugung gekommen. (Bravo.) Drexler: Wenn die, welche mit Ueberzeugung gehandelt haben, hier ausgestoßen werden sollen, so trage ich darauf an, daß wir lieber Alle ausscheiden und Neuwahlen erfolgen. (Bravo.) Köhler (Görlich) verlangt namentliche Abstimmung,

damit das Land sehe, wer an solchem Verfahren sich zu betheiligen vermöge. Der Antrag wird unterstützt. Viele Mitglieder, u. A. Köhler, Fleischer, Harfort, Bornemann, Kühlwetter, Milde, enthalten sich der Abstimmung, im Ganzen 83, 72 erklären sich für den Antrag, 1 dagegen. Der Präsident erklärt, er werde demgemäß handeln. Baumstark beantragt Vertagung bis nächsten Donnerstag, Kuntz bis morgen 11 Uhr. Nach lebhafter Diskussion wird, obgleich Kuntz die Versicherung giebt, daß die Versammlung morgen jedenfalls beschlußfähig sein werde, der Antrag Baumstarks mit 72 gegen 61 Stimmen angenommen, und es ist also die Versammlung bis Donnerstag, den 7. December, vertagt. Schluß der Sitzung 3³/₄ Uhr. Die Ministerbank blieb während derselben fortwährend leer.

Bekanntmachungen.

Nachverzeichnete Briefe sind an die bezeichneten Empfänger nicht zu bestellen gewesen und deshalb zurückgeschickt worden. Die Absender werden zur schleunigen Abholung und Auslösung hiermit aufgefordert.

- 1) An den Handelsmann E. Götsch in Naumburg.
- 2) An Hrn. Studiosus Müller in Peterlingen.
- 3) An Hrn. Studiosus Schulze in Leipzig, recommandirt.
- 4) An Hrn. Dr. Pils in Bremen.
- 5) An Hrn. Mühlberg in Bibra.
- 6) An Hrn. Dietrich in Riserhäusen.
- 7) An Hrn. E. Krüger in Queß.
- 8) An Hrn. Melchior in Soest.
- 9) An den Klempner-Gesellen Block in Burg.
- 10) An Madame Friedheim in Cönnern.
- 11) An Hrn. Apotheker Feustler in Freiburg.
- 12) An Fräulein Verleger in Eldenburg.
- 13) An Hrn. E. C. Felgner in Braunsdorf.
- 14) An Hrn. W. Schöne in Dresden.
- 15) An Hrn. Simon in Leipzig.
- 16) An die Wittwe Burgheim dahin.
- 17) An Hrn. Feldmesser Quensel in Halle.
- 18) An Hrn. Schneidermeister Richter dahin.
- 19) An Hrn. Dr. Tiefstrunk dahin.
- 20) An D. moïsele Monerat in Lesse.

Halle, den 30. November 1848.

Königl. Ober-Post-Amt.
Göschel.

Verpachtung des Ritterguts Beerendorf bei Delitzsch.

Das den Erben der Frau Professor Haase geb. Wenk gehörige Rittergut Beerendorf bei Delitzsch soll auf Antrag derselben in einem auf

den 15. December d. J. Vormittags

10 Uhr

im Gerichts-Lokale zu Beerendorf anberaumten Termine

von Walpurgis 1849 an öffentlich an den Meistbietenden verpachtet werden. Die näheren Bedingungen sind in unserm Geschäftslokale zu Delitzsch und bei dem Herrn Dr. Emil Wendler in Leipzig (Reichstraße Nr. 41) zu erfragen.

Beerendorf, den 27. Nov. 1848.

Das Patrimonial-Gericht.

Auction von Theater-Decorationen.

Sonnabend den 9. December d. J. Nachmittags 2 Uhr werden in dem Gasthof zur Weintraube in Giebichenstein 26 Stück Theater-Scoulißen und andere Theater-Decorationen gerichtlich veranctionirt werden.

Gräwen, Auctions-Comm.

Bekanntmachung.

Die Bürgermeister-Stelle hier selbst ist vacant. Zu diesem Amte Qualifizierte wollen sich bei dem Stadtverordneten-Vorsteher, Kaufmann R. L. Lüdicke, binnen längstens 4 Wochen melden und wird bemerkt, daß der Gehalt seither 400 *Rp* inclusive Bureau-Kosten betragen hat.

Hettstädt, den 25. November 1848.

Die Stadtverordneten-Versammlung.

Constitutioneller Verein des Saalkreises.

Mittwoch den 6. December Nachmittags 2 Uhr Sitzung im Falckeschen Gasthofe zu Cönnern.

Nicht zu übersehen.

Eine große Partie Niederländer Tuche, Buckskins, besonders eine große Auswahl echter Sammitwesten von 1¹/₆ *Rp* an, wollenene und seidene Westen, Shawls, Schlipse, Halstücher, Camlott, sind nur auf eine kurze Zeit hier ausgestellt zu sehr billigen Preisen bei G. Rothfugel, Ober-Leipzigerstraße gr. Brauhausgassen-Ecke Nr. 305.

Eine Person aus anständiger Familie und in gesehten Jahren, welche in der Landwirthschaft sowohl, als auch in der Hauswirthschaft recht gut erfahren ist, wünscht in einer dieser Branchen oder bei einem einzelnen Hren oder Dame recht bald eine Stellung zu finden.

Erkundigung bittet man Kann. Straße Nr. 507 entgegen zu nehmen.

Eine große Partie französische seidene Hauben-, Cravatten-, Schürzen-, Gürtel- und Hutbänder zu sehr billigen Preisen sind zu haben nur auf kurze Zeit Ober-Leipzigerstraße große Brauhausgassen-Ecke Nr. 305. G. Rothfugel.

Bekanntmachung.

Da in Folge stattgefundener Separation die alten Wege eingezogen werden und die neuen soweit in Stand gesetzt sind, daß selbige befahren werden können, und nur die alte von Halle nach Börbig führende Straße für schwer beladenes Fuhrwerk für jetzt noch verbleibt, so müssen diejenigen, welche dieselbe noch benutzen wollen, von Halle aus, und zwar wo sich die Feldmark Tornau anfängt, links über die Kommunikationsbrücke fahren.

Tornau. Der Ortsvorstand.

Bitte.

Da mich die hiesigen Möbeldändler von der Betheiligung an der bevorstehenden Verloosung ausgeschlossen haben, so ersuche ich ein geehrtes Publikum, mich mit ihren Aufträgen zu beehren, und da in dieser Zeit die Geschäfte gänzlich darniederliegen, so habe ich die Preise so billig gestellt, daß die mich Beehrenden gewiß zufrieden sein werden.

Adolph Lampe,
Tapezireur und Decorateur.

Das Polsterwaaren-Magazin ist mit den neuesten Gegenständen versehen und bietet eine schöne Auswahl dar.

Adolph Lampe.

Alle zu Vorhängen passenden Verzerrungen, bestehend in Bronze-Stangen, Rossetten, Ringen etc., wollenene und baumwollene Simpen, Quasten, Franzen, offerirt billigst

Adolph Lampe.

Ein gebildetes Mädchen von gesehten Jahren, welche lange Zeit hindurch einer älteren Dame bis zu ihrem Tode die Wirthschaft geführt und auch selbstständig einer größeren Wirthschaft vorgestanden hat, worüber sie die vortheilhaftesten Zeugnisse vorlegen kann, sucht in ein ähnliches Verhältniß zu treten, und sieht dabei auf keinen hohen Gehalt. Derartige Anerbieten sind abzugeben in Halle, Leipzigerstraße Nr. 321, eine Treppe hoch.

Heute, Sonntag den 3. December
Militair-Concert
im Thüringer Eisenbahn-Saale.
Buchbinder, Musikmeister.

Die Neue Preussische Zeitung enthält in ihrer Nummer 128 vom 26. November einen Bericht über die im Generalconciil der hiesigen Universität Statt gehaltenen Verhandlungen in Betreff der von derselben unter dem 21. November veröffentlichten „Erklärung“. Der Berichtsteller hat aber, sei es aus Bergessenheit, oder sei es, weil er es für seine besonderen Zwecke nicht passend fand, nicht erwähnt, daß die Mitglieder der juristischen Facultät nur deswegen gegen die beantragte Veröffentlichung stimmten, weil sie der Universität, die bis jetzt wenigstens keine politische Körperschaft ist, das Recht nicht zuerkennen können, aus den engen Schranken, die ihr durch noch nicht aufgehobene Gesetze und Verordnungen gesetzt sind, herauszutreten und sich in die politische Tagesdebatte zu mischen. Ueber diesen Punkt waren sämmtliche juristische Mitglieder der Versammlung einverstanden, nur daß eines derselben äußerte: „unter außerordentlichen Umständen könne man sich wohl einmal über das Recht hinwegsetzen.“ Der Unterzeichnete theilte diese Ansicht nicht, sondern behauptete, daß die beantragte Kundgebung von den Mitgliedern der Universität als Einzelnen ausgehen und durch Namensunterschriften vertreten werden müsse. Einer Versicherung treuester Anhänglichkeit in einer Adresse an Se. Majestät den König, einer unumwundenen Anerkennung der in Bekämpfung der Schlokratie und der anarchie bewiesenen Energie in einer Zuschrift an das Staatsministerium würde er sich freudig angeschlossen haben.

Halle, den 1. December 1848.

Senke,
Professor der Rechte.

Beitrag zur Charakteristik des Pastor und Abgeordneten des Bitterfelder Kreises Herrn Hildenhagen von Queß.

Schon vor mehreren Wochen, kurz nach der Ernennung des Ministerium von Pful, schrieb Herr Hildenhagen an seine guten Freunde, einige demokratisch-republikanisch gesinnte Bürgerwehrmänner in Bitterfeld:

„Lieben Brüder seid wachsam, seid bereit, die Stunde des Kampfes ist gekommen; aber nicht bloß mit Worten, sondern mit dem eisernen Schwerte.“

Am 15. v. M. fand auf der Preuß. Krone bei Bitterfeld eine Volksversammlung von circa 600 Personen statt, wo der Schullehrer Eisfeld und der Privatlehrer des Herrn Hildenhagen, Dr. Sernau, beide von Queß, die Leiter und Wortführer waren; während der Versammlung kam ein Eilbote der Frau Pastor Hildenhagen mit einem so eben von ihrem würdigen Manne erhaltenen Briefe an, um ihn der Volksversammlung noch veröffentlichen zu können.

Dies geschah denn auch sofort, und der ganze Brief wurde in dem Berichte über die Volksversammlung im nächsten Kreisblatte wörtlich abgedruckt, er lautet wie folgt:

Liebe Frau!

Die Gerüchte werden dich schon ereilt haben. — Nur kurz: —

Die National-Versammlung setzt unbekümmert ihre Sitzungen fort. Die ungeheure Menge der Deputationen aus dem Lande, die uns begrüßen und danken, erforderte eine ständige Kommission zu deren Empfangnahme. Jetzt haben wir bereits die Magistrate und Stadtverordneten von Breslau, Frankfurt, Magdeburg, Stettin, Muskau u. u. nebst unzähligen anderen Zuschriften und Deputationen erhalten, welche alle uns zustimmen, zuzuschicken.

Heute hatte der Vice-Präsident Plönnies, die Schriftführer Schneider, Hildenhagen, Schornbaum, Mittag von 2 — 7 Uhr diese Kommission. — Da, während wir unsere Geschäfte treiben, rücken wenigstens gegen 4000 Mann vor das Lokal, cerniren uns, und, theils mit gewaltsamen Einbruch, Aufschlagen der Thüren durch Aerte, treten sie in den Saal. Sie fordern uns auf, den Saal zu verlassen. Wir erklären, daß Niemand das Recht habe, dies geheiligte Lokal der Volksvertretung zu betreten, ohne deren Erlaubniß, und daß wir nicht weichen

würden. — Auf die Aeußerung des Offiziers, Oberst von Sommerfeld, daß er hier bleiben werde, erklärten wir ihm frei, daß wir ruhig fortarbeiten würden, was wir auch thaten. Sie verließen den Saal und kamen in einer halben Stunde zurück mit dem Befehle des Generals Wrangel, uns gewaltsam hinauszutreiben. Auf unsere Erklärung, daß wir nur der rohen Gewalt weichen würden, wird ein Commando Militär besetzt und Hand an uns gelegt. Wir erhoben uns und verließen, zum Theil geführt, unter wiederholten Protestationen gegen die an den unverleglichen Vertretern des Volkes verübte Gewalt, das Lokal.

Zitternd vor Wuth und Zähneknirschend, die Augen voll Thränen mustern uns die Bürger; doch gelang es uns sie zu beruhigen. Es kam nicht zum Blutvergießen. Ein Triumphzug brachte uns in unsere Wohnungen und wir sind noch frei. Man wagt noch nicht uns zu verhaften. Morgen versammeln wir uns wieder in einem Lokale. Die Stimmung der Soldaten wankt. Die Provinzen müssen in heiliger, sittlicher Entrüstung sich erheben. Nur zwei Tage noch die Leute hier in Ruhe hinhalten und die Krone hat verloren! Ein Schrei des Entsetzens wird durch ganz Deutschland gehen.

Der Glanz des Hauses Hohenzollern ist erloschen! — Die heutigen Beschlüsse gehen namentlich gegen das Ministerium. Es ist dem Staatsanwalt durch uns aufgetragen, die Klage auf Hochverrath gegen dasselbe einzuleiten. Zwei Tage noch Ruhe hier und die Welt sieht das ungeheuerste Schauspiel einer unblutigen Revolution. Doch ist die Gefahr noch nicht ganz vorüber.

Dein trauerer zuversichtlicher Mann
Hildenhagen.

Gegen die Veröffentlichung dieses Briefes, nicht aber gegen die Aechtheit desselben hat nun zwar Herr Hildenhagen protestirt; er spricht aber darin unverholen seine Freude aus, und triumphirt darüber, daß (seiner beschränkten Ansicht nach) die Krone verloren habe und der Glanz des Hauses Hohenzollern erloschen sei.

In einem Schreiben an die Gemeinden Duschwehna, Sölichau, Torna, Schwemsal und Cassa vom 18. v. M., als Antwort auf eine an ihn ergangene Zuschrift, wegen der Abgaben an die Geistlichkeit in Düben, spricht sich Herr Hildenhagen am Schlusse wörtlich aus:

Sie wissen jedoch, in welcher großen Gefahr augenblicklich die Freiheit des Volkes schwebt.

Bajonnette vertreiben seine Vertreter von Ort zu Ort, Verhaftungen und Verfolgungen aller Art müssen sie sich gefallen lassen.

Die Nationalversammlung hat die Steuerverweigerung beschlossen.

Wir hoffen, das Volk wird diesem Beschlusse nachkommen, und nicht mehr sein im Schweiße des Angesichts wohlverworbene Gut hingeben, damit es zu den Gelüsten und Gelagen einzelner stolzer und hochgestellter Personen verwendet werde.

Hildenhagen.

Ferner ist es nicht unwahrscheinlich, daß Herr Hildenhagen der Verfasser und Dr. Contius und Sernau nur die Verbreiter des berüchtigten Aufrufes an die Väter und Mütter des Heeres sind, worin diese aufgefordert werden, ihre Söhne zur Desertion vom stehenden Heere zu verleiten. Herr Hildenhagen steht in enger Verbindung und Correspondenz mit den demokratisch-republikanischen Parteien in Brehna und Bitterfeld, und hat durch diese den Kreis noch mit einer Menge anderer Druckschriften überschwemmen lassen, welche offenbar die Tendenz haben: die Gemüther aufzuregen, Mißvergnügen und Unzufriedenheit gegen die Regierung zu verbreiten, und zum Ungehorsam und zur Widerseßlichkeit gegen die eingesetzten Obrigkeiten aufzuregen. Herr Hildenhagen gehört bekanntlich zu den eifrigsten und heftigsten Mitgliedern der Fraction Unruh; er hat an dem Landesverrätherischen, von der Hohen deutschen National-Versammlung als null und nichtig erklärten, Beschluß wegen der Steuerverweigerung Theil genommen, und jetzt seine Widerseßlichkeit gegen die Krone so weit getrieben, daß er den Verhandlungen der National-Versammlung in Brandenburg nicht beiwohnt, mithin den Bitterfelder Kreis dort ganz unvertreten ließ, und noch immer an den gesetzwidrigen Versammlungen der Fraction Unruh Theil nimmt.

Mitbürger!

Einmal bereits sind wir Euch in diesen Tagen mit einer Bitte entgegen getreten; sie galt der Unterstützung der zurückgebliebenen Familien unserer Landwehr. — Wenn wir es heute schon wagen, eine zweite, ähnliche an Euch zu richten, so geschieht es in dem ernststen Bewußtsein, daß schwere Zeiten auch schwere Opfer erfordern; geschieht es in der Voraussetzung, daß die Hallenser, immer bewährt im Wohlthun, nicht zurückbleiben werden, da, wo es gilt die eigenen Bürger zu unterstützen und somit das Helfen heilige Pflicht wird.

Mitbürger! Viele der Unsern haben uns durch den Eintritt in die Landwehr zu Erfüllung einer solchen Pflicht in diesen Tagen verlassen, und ob manche Hand sich schon öffnete, die Thränen ihrer Hinterbliebenen zu trocknen, so hoffen wir doch, wird auch die Bitte nicht unerhört verhallen, die wir zur Erleichterung ihrer eigenen schweren Stellung an Euch richten. — Ein großer Theil unserer Provinz ist uns schon mit schönem Beispiel vorangegangen durch freiwillige Zusicherung von Einem Groschen täglicher Zulage für jeden seiner, im Dienst stehenden, Angehörigen. — Sollten wir zurückbleiben wollen? — Wahrlich, ob unsere Bitte auch kühn ist, wir sind eines reichen Anlanges gewiß!

Wohlan denn, bringe Jeder sein Scherflein dem gleichen Zwecke zum Opfer dar und laßt uns nach Kräften ihrer gedenken, die ja die eigene Ruhe und Sicherheit willig für die Unrige einsetzen.

Zur Annahme der Liebesgaben, deren auch die Kleinste mit Dank angenommen wird, haben sich die mitunterzeichneten Herren freundlich erboten, und werden wir seiner Zeit über den Erfolg unserer Bitten öffentlich Bericht erstatten.

Halle, d. 1. December 1848.

Wucherer. Runde.

Germar. Wagner. Colberg. Lippert. Friedrich I. Krammisch. Hollstein.

Die für die zurückgebliebenen Familien bestimmten Beiträge bitten wir fernerhin, mit besonderer Angabe der Bestimmung, an uns gelangen zu lassen.

Wucherer. Runde.

Berichtigung.

Die neue Preussische Zeitung enthält in der ersten Beilage zu Nr. 125 eine angeblich verspätete Correspondenz aus Merseburg vom 15. d. M., in welcher das Verfahren unserer Bürgerwehr und ihres bisherigen Commandeurs, des Bürgermeisters Seffner, vom 14. d. M. nicht allein zu hart beurtheilt, sondern auch wahrheitswidrig dargestellt ist. Wir könnten es verschmähen, mit einem solchen Correspondenten zu rechten. Da aber die Ehre unsers frühern Commandeurs und mit dieser auch die unrige durch jene hämischen und die Ruhe unserer Stadt muthwillig störenden Mittheilungen auf's Tiefste verletzt worden ist, so scheint eine Berücksichtigung derselben durch Angabe der Thatfachen unerlässlich.

Wir erklären demnach, auf Grund sorgfältiger Ermittlungen, den unerwiesenen Behauptungen jener Correspondenz gegenüber, daß der Generalmarsch am 14. d. M. Morgens nicht ohne, sondern auf ausdrückliche Ordre unsers bisherigen Commandeurs Seffner geschlagen worden ist; sodann, daß von diesem unserm Commandeur keine aufrührerischen, sondern soweit es bei dem übertäubenden Tumult möglich und in der ersten Aufregung zweckdienlich gewesen ist, nur solche Ansprachen an die Bürgerwehr gehalten worden sind, welche durch vorgängige Reden unberufener Dritter nothwendig gemacht waren und zur richtigen Auffassung der Ansichten der Majorität dienlich schienen. Wir wissen ferner gewiß, daß die auf dem hiesigen Bahnhofe aufgestellt gewesene Abtheilung unserer Bürgerwehr nach besten Kräften für die Befreiung aller, dem ungestörten Personen- und Wagen-Verkehr entgegen tretenden Hindernisse bemüht gewesen ist. Wenn dieses schweigend und ohne besondern Tumult geschehen ist, so spricht dieses nur für die würdige Haltung dieser Abtheilung.

Wir können ferner versichern, daß, wenn vielleicht auch von einzelnen, nicht gehörig unterrichteten Personen, doch keinesweges von allen Compagnien unserer Bürgerwehr, Aeußerungen der Entrüstungen über Pflichtvergessenheiten des genannten Commandeurs oder jener Abtheilung laut geworden sind.

Es ist weiter festgestellt, daß der Abmarsch einzelner Abtheilungen unserer Bürgerwehr nach dem Bahnhofe nur mit Genehmigung des Commandeurs oder dessen Stellvertreters und zwar lediglich in der guten Absicht erfolgt ist, um die mit

Piken bewaffneten, damals zu unserer Bürgerwehr nicht gehörigen Mannschaften, welche von dem Correspondenten als bewaffnete Demokraten bezeichnet sind, von weitem Excessen abzuhalten. Es ist endlich das Ausscheiden unsers Commandeurs, des Bürgermeisters Seffner, aus unserer Mitte keinesweges Folge eines Beschlusses unserer Seits oder unseres Urtheils über seine Unfähigkeit zum fernern Kommando, sondern vielmehr des sinnesfrei und offen ausgesprochenen Willens, welcher durch den §. 10 des Bürgerwehrgesetzes vom 17. Oct. d. J. seine gesetzliche Begründung fand und schon deshalb von uns geachtet werden mußte. Der aufrichtigste, lebhafteste Dank und die wohlverdiente Anerkennung aller unserer Bürgerwehr geleisteten Dienste wurde dem Scheidenden am 15. d. M. in unserer Versammlung einstimmig ausgesprochen.

Nach diesen Erklärungen überlassen wir es dem öffentlichen Urtheile, wie weit der anonyme Verfasser des obgedachten Zeitungsartikels sich von der Wahrheit fern gehalten hat. Wir können denselben nicht zu den treugesinnten und Ruhe liebenden Bürgern zählen, welche der Sache des constitutionellen Königthums in unserer Stadt dienen, halten vielmehr dafür, daß derselbe durch entschieden unwahre und böswillige Mittheilungen die Freiheit der Presse mißbrauchte und sich selbst der öffentlichen Mißachtung preisgegeben hat.

Uebrigens wird das Ergebniß der eingeleiteten gerichtlichen Untersuchungen über die Vorfälle unserer Stadt am 14. d. M. noch mehr zur Rechtfertigung des Verfahrens unsrer Bürgerwehr und ihres bisherigen Commandeurs an diesem Tage dienen können; vielleicht auch den Verfasser nöthigen aus seiner Anonymität herauszutreten.

Merseburg, am 26. November 1848.

Die Führer der hiesigen Bürgerwehr.

Eintracht macht stark!

Getreu diesem Wahlspruche, haben wir heute einstimmig beschlossen, daß wir, ohne Rücksicht auf die politischen Ansichten jedes Einzelnen unserer Kameraden und Mitbürger, allein für die Aufrechthaltung des Gesetzes, der Ruhe und Ordnung innerhalb des Reichthums unserer Stadt, so wie für den Schutz des Eigenthums und der Person wirken und handeln wollen.

Merseburg, den 26. November 1848.

Die Führer der Bürgerwehr.

Der Abgeordnete Hildenhagen an seine Wähler.

Es sind in letzter Zeit so viele falsche Anklagen öffentlich und heimlich gegen mich vorgebracht worden, daß meine Freunde mich gebeten haben, mich dagegen, nicht um ihrer, sondern um Andern willen, zu vertheidigen.

Ich gebe dieser Bitte nach, obwohl es sonst meine Weise nicht ist, unwürdige Beschuldigungen mit Wort oder Feder zurückzuweisen. Es kann aber diesmal dem öffentlichen Wohle, dem Verständnisse der Zeit, vielleicht von Nutzen sein, wenn an den Verunglimpfungen eines Mannes das lügnerische und sittenlose Getriebe einer dunkeln Partei zu Tage gelegt wird.

Ich möchte Euch, Ihr Männer des Bitterfelder Kreises, gleich auf den Standpunkt stellen, von dem aus die persönlichen Angriffe gegen die Mehrheit der Berliner National-Versammlung zu beurtheilen sind.

Einzelne Wenige aus den bevorzugten Kasten im Staate wollen um jeden Preis die alten Vorrechte erhalten, welche die frühere Zeit ihnen gewährt, und welche die neue Zeit ihnen gefährdet. Es ist ihnen gar zu süß und unentbehrlich geworden, gewisse Vorzüge, Würden, Titel, Aemter, Gehälter, Steuerbefreiungen u. ohne Arbeit und Verdienst schon in der Wiege entgegen getragen zu erhalten. Dazu verschmähen sie kein Mittel, um die Männer herabzusetzen und in den Augen des Volkes zu verdächtigen, welche, als Vertreter des Volkes nach Berlin berufen, in treuer Pflichterfüllung die Ausgleichung des bestehenden Rechtszustandes mit den unabweislichen, von Gott uns eingepflanzten Forderungen der Menschennatur zu verwirklichen sich bemühen. Sie wissen es wohl, daß wenn es nur erst gelungen ist, Volk und National-Versammlung, Wähler und Abgeordnete zu trennen, sie dann leichtes Spiel haben ihre zeitlichen Vorrechte, die ewige Unrechte sind, noch Jahrzehnte zu bewahren.

Die Mehrzahl aber meiner Gegner rechne ich zu den Leuten, von denen ein großer Staatsmann sagt: „Sie haben nichts gelernt und nichts vergessen!“ nämlich von den großen Erschütterungen der Zeit, von den Ereignissen des Lebens, aus denen die Stimme Gottes spricht in der Weltgeschichte, haben sie nichts gelernt und nichts vergessen! Die alte Fabel von den Siebenschläfern er-

klärt dem denkenden Manne das ganze Geheimniß. Vom Mai oder gar vom März bis December 1848 haben diese Leute geschlafen. Sie wissen nicht, was in diesen Monaten vorgegangen ist, sie ignoriren die Königl. Ordres vom März und die mit Königl. Sanction gegebenen Gesetze des Sommers d. J., und daher ihr gräßliches Gebahren, ihre Wuth, ihre Anfeindungen, ihre Verfolgungssucht. Führt Mitleid mit ihnen, ihr Männer, die ihr wachend die großen Tage dieses Jahres durchlebt habt! — Ihr werdet sehen, daß sie wirklich zu bemitleiden sind, wenn Ihr Euch ein Bild ihres Verstandes und ihres Herzens aus den nachfolgenden mir gemachten Anschuldigungen entwerfet. — Es liegen mir folgende Anklagen vor:

1) Der Brief des Abgeordneten Hildenhagen, in Nr. 280. des Couriers, Hallische Zeitung für Stadt und Land für 1848.

Dieser Brief, den ich als bekannt voraussetze, ist wider meinen Willen und mit mehreren Fehlern veröffentlicht. Ich habe gegen die Veröffentlichung bereits protestirt. Dies geschah jedoch nicht, weil ich irgend ein Wort darin nicht vertreten, sondern weil ich die falschen Deutungen, die böswilligen Verdrehungen, die einem Familien- und Privat Schreiben stets untergeschoben werden können, von mir abweisen wollte. Meine Freunde haben die rechte Deutung des Briefes bereits gegeben. Im Bitterfelder Kreisblatte Nr. 36. steht folgende

Erklärung.

Im 34. Stück. d. Bl. findet sich mit der Relation über die Volks-Versammlung am 15. d. M. ein Privatbrief des Abgeordneten Hildenhagen abgedruckt. Dieser vertraulich durch Andere mitgetheilte Brief war im ersten heiligen Eifer indiskreter Weise öffentlich vorgelesen und, ohne auf die bloßen Thatsachen sich zu beschränken, auf allgemeines Verlangen abgedruckt worden.

Es liegt auf der Hand, daß Herr Hildenhagen keine Abnung von dieser Veröffentlichung haben konnte. Mehrere in diesem Briefe vorkommende Stellen sind offenbar bei der Flüchtigkeit desselben ohne Wahl der Worte niedergeschrieben und drücken keineswegs die Gesinnung aus, welche eine ihm feindliche Partei und deren gedankenlose Nachtreter darin zu finden wissen, um ihren Haß und ihren Geifer über diesen Mann auszuschütten.

Unser hochverehrter Abgeordneter steht durch seinen vortrefflichen Character, seine reine Sittlichkeit und sein herrliches Gemüth viel zu erhaben da, um irgend einer Rechtfertigung zu bedürfen.

„Die schlechtesten Früchte sind es nicht,
An denen Wespen nagen.“

Hildenhagen, den wir nur als einen treuen Anhänger des Hauses Hohenzollern, aber auch als unerschrockenen Verteidiger der Volksrechte und der Volksfreiheit gegen Absolutismus und Junkerthum kennen, mußte, wie jeder ehrliche Deutsche, dem noch Gefühl für Recht und Wahrheit innewohnt, in jenen Stunden auf das tiefste entriistet sein, als er sah, daß es einer volksfeindlichen Partei möglich geworden, sich zwischen Fürst und Volk einzudrängen, die heiligsten Bande zu lösen, und die Brandfackel des Bürgerkrieges in das Land zu schleudern, — und dies Alles unter dem gleichnerischen Vorgeben, um Gesetz und Ordnung — mit Kanonen und Schwertern! — herzustellen. Sollte ihm in diesen Momenten das Herz nicht bluten?

Wir würden kein Wort verlieren, wenn nicht diese mücken-
steigende und Kameel-schluckende Partei, die nur versteht

„— das Strahlende zu schwärzen

Und das Erhabene in den Staub zu ziehen,“
sich bemühte, diesen Brief in die Welt mit großem Geschrei hinein zu posaunen.

Die von ihr mit großen Lettern herausgehobenen Stellen lauten:

„Das Militair wankt.“

Das heißt aber doch nichts weiter, als: Es kommt zur Einsicht, daß man es nicht zu seinem hochherrlichen Beruf der Vaterlands-
verteidigung, sondern zu Parteizwecken verwendet.

Wenn H. erklärt:

„die Provinzen müssen sich in heiliger, sittlicher Entrüstung erheben,

so genügt die Hinweisung auf die hohe Entrüstung, welche Mil-
lionen preussischer und deutscher Herzen laut genug zu erkennen gegeben haben.

Wenn er sagt:

„Nur noch zwei Tage Ruhe und die Krone hat verloren;“
so steht wohl jeder Ehrliche, daß hierunter nicht der Träger der Krone, sondern jene Kamarilla und ihr Schwanz, die Reaktion gemeint ist, welche es, wie alle Welt weiß, längst darauf abgesehen hat, Unruhen anzuzetteln und zu nähren, um ihre schon im voraus gedruckten Plakate und ihre kriegerischen Demonstrationen mitten im Frieden zu rechtfertigen. Aber diese Kamarilla hatte sich schmählich verrechnet und ihr Spiel dennoch verloren. Sie kann nicht zurück, ohne sich selbst aufzugeben, sie kann nur auf diesem schrecklichen Wege nothgedrungen fortschreiten, und wird so ihr Ende selbst herbeiführen.

Wenn H. sagt:

„Der Glanz des Hauses Hohenzollern ist erloschen,“ so ist es eben jene volksfeindliche Junkerpartei, welche 1806 das Vaterland dem völligen Untergange nahe brachte und auch jetzt den Glanz der Krone getrübt hat; aber das Volk wird ihn wieder herstellen, wie es vor 35 Jahren den Schild Preußens glänzender als je mit seinem Herzblut hergestellt hat.

Zum Schluß nur noch wenige Worte:

H. glaubte in seinem reinen Herzen eine unblutige Revolution in wenigen Tagen beendigt zu sehen. Dies Wörtchen

„unblutig“ ist der Schlüssel zum Verständniß seiner Worte, aber seine Feinde haben dieses Wörtchen wohlweislich übergangen.

Bitterfeld, im November 1848.

Die Freunde und Verehrer des Abgeordneten Hildenhagen.

Ich bitte alles persönliche Lob aus dieser Erklärung zu streichen. Ich verdiene es nicht. Ich habe nie mehr als meine Pflicht gethan. Und das verdient keine Auszeichnung, sondern ist Schuldigkeit. Aber die Erklärung meiner Worte, die nehmet an, Ihr Männer des Kreises, so, einzig und allein in solchem Sinne habe ich gedacht und geschrieben. Die Deutung im Courier ist nur der Herzenspiegel dessen, der sie geschrieben hat. Dem Reinen ist Alles rein! Niedrige Seelen müssen Alles in den Staub ziehen, um es benagen und begeistern zu können!

2) Beitrag zur Charakteristik des Pastor und Abgeordneten des Bitterfelder Kreises Herrn Hildenhagen von Quez, in Nr. 284 desselben Blattes:

In diesem Artikel wird der vorerwähnte Brief abermals abgedruckt und verdreht. Außerdem heißt es: „Schon vor mehreren Wochen, kurz nach der Ernennung des Ministerium Pfiel, schrieb Herr Hildenhagen an seine guten Freunde, einige demokratisch-republikanisch gesinnte Bürgerwehrmänner in Bitterfeld:

„Lieben Brüder, seid wachsam, seid bereit, die Stunde des Kampfes ist gekommen; aber nicht bloß mit Worten, sondern mit dem eisernen Schwerte.“

Es wird ferner gesagt: „Herr Hildenhagen steht in enger Verbindung und Correspondenz mit den demokratisch-republikanischen Parteien in Brehna und Bitterfeld, und hat durch diese den Kreis noch mit einer Menge anderer Druckschriften überschwemmen lassen, welche offenbar die Tendenz haben: die Gemüther aufzuregen, Mißvergnügen und Unzufriedenheit gegen die Regierung zu verbreiten, und zum Ungehorsam und zur Widersetzlichkeit gegen die eingesetzten Obrigkeiten aufzuregen.“

Zuerst mache ich darauf aufmerksam, wie die Leidenschaft und die Eier zu verdächtigen zu den maßlosesten Äußerungen hinreißt. Es ist dem Schreiber nicht genug von Republikanern zu reden. Nein, eine demokratisch-republikanische Partei ist es, mit der ich in Verbindung stehen soll! Als wenn es noch andere als demokratische Republiken gäbe, dem Begriffe nach!?

Dann bitte ich vor Allen mir die Republikaner aus Brehna und Bitterfeld zu nennen. Solche, welche dem Hause Hohenzollern die Krone herabreißen wollten, kenne ich weder in dem einen, noch dem andern Orte. Aber Solche, die eine Constitution wollen, wie der König sie versprochen hat, auf breiterer (demokratischer) Grundlage, deren kenne ich Viele dort, und an sie habe ich Druck-
sachen gesendet.

Es waren Druckfachen aus der Nationalversammlung. Es waren außerdem amtliche Correspondenzen. Fürwahr, wenn auch der Schreiber jener Vorwürfe anders denkt: es ist ein pflichtvergessener Abgeordneter, der seinen Kreis und seine Wähler ohne Nachricht läßt.

Ob die Sendungen Tendenz haben, Gemüther aufzuregen, Mißvergnügen erwecken u. c., darauf kommt hier nichts an. Es ist der Abgeordneten heilige Pflicht mit dem Kreise in Verbindung zu bleiben, und die Beschlüsse der Nationalvers. zu verkünden, wie über wichtige Vorlagen zu berichten und Urtheile einzuholen.

Das hat der König selbst anerkannt, in dem das Gesetz über Unverletzlichkeit der Deputirten in Bezug auf Wort und Schrift von ihm sanctionirt worden ist. Die Schläfer aber, welche erst die Donner des Weltgerichts erwecken werden, haben das nicht gelernt und nicht vergessen!

Sie wissen es auch nicht, jene Träumer, daß die Aeußerung an die Bürgerwehrmänner, wenn ich sie geschrieben habe, was ich bezweifle, durchaus gesetzlich ist. —

Nach dem Bürgerwehrgesetz, welches ebenfalls die Königl. Sanction erhalten, hat die Bürgerwehr die verfassungsmäßige Freiheit und gesetzliche Ordnung zu schützen (§ 1). Warum soll nun ein Abg. oder Privatmann nicht an Freunde schreiben: Die Zeit rückt heran, wo die gesetzliche Freiheit gefährdet, und wo die gesetzlichen Behörden Euch fordern werden. „Seid wachsam!“ u.

Das liegt in jenem Sage, wie ich ihn im Augenblicke, und ohne seinen weitem Zusammenhang zu kennen, verstehe.

In diesem Sinne hat die Bürgerwehr Berlins am 9. und 10. Nov. d. J. gehandelt und der Commandant Kimpler unter dem 10. Nov. an den Polizeipräsidenten v. Bardeleben geschrieben!

Noch wird in derselben Nummer des Couriers „eines berüchtigten Aufsatzes an die Väter und Mütter des Heeres“ erwähnt, worin sie aufgefordert würden, ihre Söhne zur Desertion vom stehenden Heer zu verleiten.

Der Aufruf ist gar nicht an die Soldaten, sondern an deren Eltern. Diese sollen jene aufmerksam machen, daß sie in dieser gräßlichen Zeit verbraucht werden können, um Vater, Mutter, Bruder, Schwester zu erschließen.

So steht es wirklich! Wenn irgendwo ein Aufruhr entsteht, wer kann bestimmen, ob er in das eigne Dorf kommandirt wird, oder in fremde Gegend! — Es heißt aber nicht in jenem Schreiben, daß die Söhne desertiren sollen. Ich sehe, gewiß im Einklange mit Verfasser und Verbreitern u. c., in diesem Aufrufe eine Aufforderung zum passiven Widerstande, wie ihn die Nat.-Vers. empfohlen hat. Ich würde, wenn ich Soldat wäre, nicht auf die Meinen schießen. Ich würde mich aber der Strafe nicht entziehen, nicht desertiren, sondern die Brust dem Kriegs-

gericht, der tödtenden Kugel der Kammeraden freiwillig preisgeben, um lieber Unrecht zu leiden, als Unrecht zu thun! um meine Schuld sofort durch die Strafe zu sühnen. Nur wer die neue Zeit verwechselt mit der alten, nur wer nicht weiß oder nicht wissen will, daß die Krone im März ihre Souveränität mit dem Volk getheilt hat, daß wir nicht mehr unter einem absoluten Monarchen leben, kann überhaupt so etwas Außerordentliches in jenem Aufruf finden!

Wenn zuletzt noch von einer Fraction Unruh, von landesverrätherischer Steuerverweigerung, von Widersetzlichkeit gegen die Krone und von Nichtvertretung des Bitterfelder Kreises gesprochen wird, so dienen darauf im Orange der Zeit und Arbeit nur folgende kurze Bemerkungen:

Eine Fraction Unruh giebt es nicht. Wer das von vier Ministerien anerkannte Geschäftsreglement der preuß. Nat.-Vers. kennt, weiß, daß die Anzahl von 202 Mitgliedern die beschlußfähige Nat.-Versammlung bildet. So lange also in Brandenburg diese Anzahl sich nicht einfindet, ist dort eine Fraction und in Berlin die Nat.-Versammlung! —

Die Steuerverweigerung ist so wenig landesverrätherisch, daß sie viel mehr in jedem constitutionellen Staate ein gesetzliches Mittel der Opposition ist gegen verbrecherische Regierungsmaßregeln. Wir finden sie legal in England, Frankreich, Belgien u. c.

Was den bitterfelder Kreis betrifft und eine Vertretung oder Nichtvertretung in Brandenburg, so habe ich diese wichtige Frage allerdings nicht allein entscheiden wollen. Ich habe darum am gestrigen Tage die Wahlmänner des Kreises berufen und um ihre Ansicht gebeten. Es erschienen 45 derselben auf der preuß. Krone bei Bitterfeld. 44 von diesen, also über die absolute Majorität der Kreiswähler überhaupt, gaben die Erklärung ab, daß sie mein Verfahren in Berlin billigen, daß sie mir danken für meine Treue und Arbeit, und daß sie wünschen müßten, der Kreis sollte lieber gar nicht vertreten sein, als in Brandenburg unter einem Ministerio Brandenburg! Hätten sie sich anders ausgesprochen, so hätte ich am gestrigen Tage mein Mandat niedergelegt, und dem Kreise seine Vertretung in Brandenburg dadurch ermöglicht.

Der Grund, welcher die Vertrauensmänner des Kreises zu ihrem letzten Ausspruche bewegt, war wohl das Mißtrauen gegen die jetzigen Minister. Wie weit dieses motivirt ist, entscheidet selbst, Ihr Männer des Kreises, nach folgenden Thatsachen:

Wir, die Vertreter der Nation, sind berufen zur **Vereinbarung** einer Staatsverfassung mit der Krone. Zwei Vereinbarende müssen gleichberechtigt sein. Hat Einer von Beiden mehr Recht als der Andere, und macht es geltend, so wird nicht mehr vereinbart, sondern der eine

Theil gehorcht. Daher schrieb ich in meinem Programm, im Monat Juni d. J. No. 12. des bitterfelder Kreisblattes: „Krone und National-Versammlung sind gleichberechtigte Paciscenten,“ und folgerte daraus, daß eben so wenig der König die Nationalversammlung auflösen, als diese den König absetzen oder zu nahe treten dürfe.

Diese Anschauung habe ich heute noch. Sie ist getheilt von den angesehensten Juristen, und jeder Mann, der mit Worten Ernst macht, kann die Vereinbarung nicht anders verstehen.

Was thut nun das Ministerium Brandenburg und wie behandelt es die Abgeordneten des Volkes? Es tritt am 9. Nov. vor die Nationalversammlung. Der Minister-Präsident wartet nicht ab, bis ihm der Vorsitzende das Wort ertheilt hat. Er bittet erst darum, als er zur Ordnung gewiesen ist. Darauf erklärt derselbe in befehlshaberischem Tone, daß die Versammlung nach Brandenburg verlegt und bis zum 27. Nov. vertagt werden solle.

Wer nur eine Ahnung von constitutionellem Leben hat, wird wissen, daß solches Verfahren eines Ministers vor einem Parlamente unerhört ist. — Die Versammlung beschließt daher, weil sie unmöglich den gesetzlichen Boden, den Standpunkt der Vereinbarung, verlassen kann, ohne die Rechte des Volkes zu verrathen:

- 1) daß sie für jetzt keine Veranlassung habe, den Sitz ihrer Berathungen zu ändern, sondern sie in Berlin fortsetzen werde;
- 2) daß sie der Krone nicht das Recht zugestehen könne, die Versammlung wider ihren Willen zu vertagen, zu verlegen oder aufzulösen;
- 3) daß sie diejenigen verantwortlichen Beamten, welche der Krone zur Erlassung der eben verlesenen Botenschaft gerathen haben, nicht für fähig erachte, der Regierung des Landes vorzutreten, vielmehr dafür hält, daß dieselben schwerer Pflichtverletzung gegen die Krone, gegen das Land und gegen die Versammlung sich schuldig gemacht haben.

Sie fordert ferner das Volk auf in Adressen sich über den gethanen Schritt zu äußern; sie sendet vorher noch eine Deputation an den König, um eine Vermittlung anzubahnen; sie benützt endlich das letzte parlamentarische Mittel, die Steuerverweigerung, nicht in dem Sinne daß alle Steuern von nun an aufhören sollen, sondern in dem Sinne, daß dieses Ministerium nicht „über die Staatsgelder zu verfügen“ habe, welches der alleinige Sinn jeder Steuerverweigerung überhaupt ist.

Statt aber abzutreten und das Land vom Verderben zu retten, mißhandelt vielmehr das Ministerium die Vertreter des Volkes und tritt die Gesetze mit Füßen.

Der Bürgerwehr wird aufgegeben durch das Polizeipräsidium den Sitzungsaal der Nat.-Vers. zu sperren. Dieselbe wird, als sie sich dessen weigert, und sich auf §. 1 und 128 des Bürgerwehrgesetzes beruft, aufgelöst. Berlin wird in Belagerungszustand erklärt, mitten in Frieden und Ruhe und mit Umgehung des Gesetzes vom 24. Juli 1848. Der Bürgerwehr werden die Waffen abgefordert. Militär cernirt am 10. Nov. das Sitzungslokal der Nat.-Vers. Die Deputirten weichen der Gewalt. Am andern Morgen finden sie ihre Räume verschlossen, ihre Akten und Documente vom Militair in Beschlag genommen. Auf die Aufforderung des Präsidenten zu öffnen, erklärt der wachhabende Offizier aus den innern Räumen: das werde nicht geschehen! und läßt die Zündhüt-

chen auf die Gewehre setzen! Ferner wird die Nat.-Vers. mit Militairgewalt aus dem Schützenhause, aus dem Stadtverordneten-Lokale, aus Milens Hotel, wohin sie sich übersiedelt, vertrieben. Selbst die Parteiverfassungen bei Mylius werden an einem Tage dreimal mit Waffengewalt gestört. Ja es geschieht, daß meine Privatwohnung überfallen und meine Schränke und Bureaux erbrochen und alle Documente und Druckfachen, welche ich als Secretair der Nat.-Vers. in Verwahrung hatte, ohne ein Verzeichniß aufzunehmen, gewaltsam hinweggenommen werden.

So gejagt von Ort zu Ort, wird uns auch noch das Mittel der Presse verkümmert. Der Druck der amtlichen Commissionsberichte, in welchen wir die zugesendeten Adressen des Volkes mittheilten, wird verhindert. Die Druckberichte werden uns fortgeschleppt, und die Pressen unserer Drucker durch die Soldateska unbrauchbar gemacht.

Wie wäre es möglich mit solchem Ministerium, die Bajonette auf der Brust, zu vereinbaren! Wer könnte noch die leiseste Hoffnung haben, daß diese Männer den Rath der Volksvertretung annehmen wollen!

Doch feindet man uns an, daß wir nicht nach Brandenburg gehen! Doch beschuldigt man uns der Widerpenflichkeit, wo wir also mißhandelt worden sind, und nichts anderes gethan und empfohlen haben als passiven Widerstand!

Ihr Männer des Kreises, man geht noch weiter. Die neue preussische Zeitung lügt es mit frecher Stirn in die Welt hinein, meine Gemeinde wolle mich nicht mehr auf die Kanzel lassen! Und doch hat die Gemeinde, fast alle Familienväter, ein 80jähriger Greis an der Spitze am 2. d. M. mich eingeholt von Stummisdorf nach Dues, im Glauben und Wunsch, daß ich wieder ganz bei ihr bleiben könnte. Sie hat öffentlich protestirt gegen jene Verläumdung! Thaten reden!

Dieselbe Zeitung verdächtigt mich, daß 5000 Thlr. Staatsschuldscheine in meinem Pulte gefunden wären, welche ich als Bestechung erhalten und meiner Frau hätte mit nach Hause bringen wollen. Sie hat keinen Beweis, daß überhaupt Geld gefunden ist! und sie wirft dieses furchtbare Wort hin.

O Vaterland, geliebte deutsche Erde! hat deine Flur je solche Schmach gesehen! Sie geben vor für Recht und Christenthum einzustehen und halten nicht einmal Moses Gebote!

Bewohner des Kreises! Ihr verlangt nicht, daß ich mich dagegen vertheidige. Nein, Euer Urtheil ist gesprochen. Ihr habt die gerichtet, die bösen Leumund reden!

Ich werde ferner nach treuester Ueberzeugung fortfahren Eure Rechte zu vertreten. Halte Glauben, Ihr Männer! Einmal siegt das gute Recht doch. Wenn es auch jetzt unterliegen sollte. Etwas muß sie sich wiederholen jene ewige Geschichte! Die christliche Wahrheit, die echte Freiheit, die göttlichen Gedanken alle, sie werden geboren, leiden, sterben und erstehen wieder!

Mit diesem Glauben kehre ich jetzt auf meinen Posten zurück. Ich verkenne die Gefahren nicht. Aber Ihr habt es gewollt. Jetzt von Neuem haben mich die Vertrauensmänner aufgefordert.

So mag Alles, das Schwerste über mich ergehen. Ich muß ja handeln. Ich kann nicht anders. Gott helfe mir, Gott helfe uns Allen. Amen!

Dues, den 4. December 1848.

Druck von Dito Hendel in Halle.